Lebensschutz-Informationen
LSI



# Stimme des Gewissens

Herausgeber: COLLEGIUM HUMANUM Akademie für Umwelt und Lebensschutz e.V. ( vormals WSL-D)

37. Jahrgang Nr. 5 September / Oktober 2006

**Vae Victis! Wehe den Besiegten!**
**Aber dreimal wehe den Siegern,**
**die dem heldenhaft kämpfenden Gegner von gestern**
**die Achtung versagen, ihn entwürdigen, schänden und schmählich**
**- unter dem Schein des Rechtes – umbringen,**
**verurteilt zum Tode durch den Strang wie gemeine Kriminelle.**

**Sie beleidigen nicht nur das deutsche Volk,**
**sie entwürdigen auch das Recht, die Justiz und**
**verletzen das Menschenbild schlechthin.**

**Vae Victis, wehe den Besiegten,**
**doch dreimal wehe den schändenden gemeinen Siegern.**

(So die Göttin der Gerechtigkeit in Wunsiedel am 19. August 2006)

## Verfällt Deutschland der Barbarei?

An Gedenktagen des Schreckens, der Qual und Erniedrigung des deutschen Volkes werden immer häufiger Trauerveranstaltungen durch Gerichtsbeschluß verboten.

Dies geschieht aus Angst vor den Chaoten im Namen der Antifa, die für solcherart deutsches Gedenken stets eine Gegendemonstration ankündigen, oder auch mit einer spontanen Demonstration ohne jede Anmeldung aufwarten.

Die Polizei befürchtet dann gewalttätige Ausschreitungen, die Bürger die Demolierung ihrer Gaststätten, Geschäfte und Autos, und die Politiker fürchten sich vor der Erinnerung schlechthin.

So wird in nicht nachvollziehbarer Logik regelmäßig die friedliche, ordnungsgemäß angemeldete Trauerkundgebung verboten, anstatt eine Gegendemonstration energisch zu untersagen. Außerdem ist eine solche grundgesetzwidrig, heißt es doch in Artikel 8 GG Versammlungsfreiheit:

**„(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln."**

Eine **Gegendemonstration** mit dem einzigen Ziel, eine solche Versammlung von Deutschen zu verunmöglichen, kann es somit gar nicht geben.

Ohne nachzudenken – oder in Feindesauftrag – übernehmen die Vertreter der angeblich großen Volksparteien die Haßparolen der Antifa. Wer als Deutscher der millionenfachen deutschen Opfer von Krieg, Vertreibung und grausamer Siegerwillkür gedenkt, der ist ein Neofa-

schist und Rechtsextremer. Für diese gilt – obgleich Deutsche und in der BRD lebend – anscheinend das Grundgesetz nicht.

Erinnert das nicht fatal an die von der Antifa und den herrschenden Politikern aufs schärfste verurteilte Ausgrenzung im Dritten Reich: Nicht für Juden? Diese hatten immerhin durch ihre Weltvertretung dem deutschen Volk den Krieg erklärt, während es sich bei den deutschen Deutschen allenfalls um eine politische Opposition handelt, die aber ein demokratisches Grundprinzip nach herkömmlicher Auffassung darstellt.

Doch in der Regel geht es den Veranstaltern solcher Trauerkundgebungen zunächst lediglich um das angemessene Gedenken an die eigenen Volksopfer, die zum Teil noch nach dem Kriege bestialisch umgebracht wurden.

Nur ein schlechtes Gewissen kann das Gedenken daran zu verhindern suchen.

Nur eine völlige moralische Verwahrlosung kann aus einem solchen Tag ein Volksfest machen.

Doch zu unserem Entsetzen müssen wir feststellen, daß gemeinsam mit Bürgermeistern und Landräten solche Trauertage an vielen Orten umfunktioniert werden zu einem heiteren Volksfest. Als Beispiel seien hier nur Wunsiedel (Heß-Gedenken) und Bad Nenndorf genannt (siehe Kasten auf S. 5)

**Sie tanzen auf den geschändeten Leichen.**

Die einheimischen Anwohner machen das in der Regel nicht mit, sie verbergen sich in ihren Häusern, vielleicht aus Scham über ihre eigene Hilflosigkeit, denn in ihrer Mehrzahl stimmen sie den „Rechten" zu, halten eine Trauerkundgebung an solchen Gedenktagen für angemessen. So bleiben zumeist die Linksextremisten, Politfunktionäre (auch von CDU und CSU) und einige Gutmenschen unter sich. Der Abstand zwischen den angeblichen Volksvertretern und dem Volk wird immer größer. Darauf weist auch die wachsende Zahl der Nichtwähler hin. Wann wird dieses ganze System auseinanderbrechen?

Eingeleitet wurde diese Abkehr von einer angemessenen Erinnerung und Ehrfurcht vor den Toten des eigenen Volkes durch die Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der den Tag des Unterganges und Beginnes furchtbarer Siegergreuel und millionenfacher Vertreibung zum Tag der Befreiung erklärte.

Befreit wurden gewiß die KL-Häftlinge, doch ihrer waren wenige (weil gerade die Gutmenschen davon überzeugt sind, daß 6 Millionen vergast wurden) verglichen mit den Millionen neuer, im Namen der Demokratie Verschleppter und Inhaftierter. Befreit wurden die Deutschen vom Bombenterror, dem sie jahrelang ausgesetzt waren, und den sie ohne psychologische Betreuung(!) bewältigen mußten. Doch gleichzeitig wurden etwa 15 Millionen der Heimat beraubt. Sollte Herr von Weizsäcker das als Befreiung gemeint haben, so ist das ein nicht zu überbietender Zynismus.

Der vor uns liegende Monat November mit seinem Totensonntag, seinem Heldengedenktag, seinem Volkstrauertag bietet uns vielfach Gelegenheit zu beweisen, daß wir der Barbarei nicht verfallen sind, daß wir würdige Vertreter eines tausendjährigen christlichen Abendlandes sind. Der ebenfalls in diesen Monat gehörende Buß- und Bettag (von einem preußischen König nach Besiegung Napoleons eingeführt) soll uns vor Überheblichkeit bewahren und an das eigene Versagen erinnern.

Die christlichen Kirchen, die vielfach mitmachen bei der Umfunktionierung eines Trauertages in ein Volksfest, müssen sich fragen lassen:

„Was würden Sie sagen, wenn in Deutschland der Karfreitag zu einem Festival umfunktioniert würde, bei dem ‚sechs hübsche junge Frauen, die knapp bekleidet und auf der nackten Haut bunt bemalt' einen Festzug für Demokratie anführten?"

**Ursula Haverbeck**

---

## An die ehemaligen Leser des Reichsboten!

Die „Stimme des Gewissens" beliefert mit dieser Ausgabe auch die Leser des „Reichsboten" auf Bitten von dessen Schriftleitung mit. Wie bereits in der „Stimme des Gewissens" Nr. 3 / 2006 S. 3 mitgeteilt, ist der Reichsbote für ein Jahr lang vorausindiziert.

Durch diese Regelung entstehen höhere Kosten, deshalb bittet die Schriftleitung des „Reichsboten" um zusätzliche Unterstützung auf das bekannte Konto-Nr. 104 661 42 Dr. Hennig / FP bei der Kreissparkasse Verden, BLZ 291 526 70. Zweck: Spende.

Mit Freigang kann Dr. Hennig in der nächsten Zeit nicht rechnen, da ihm noch zwei weitere Verfahren angehängt wurden, wie er mir schrieb, und bei schwebenden Verfahren keine Hafterleichterung gewährt wird. Näheres wird er aber erst bei vorgesehenen Polizeiverhören erfahren.

## Korrektur

Leider ist uns in der Ausgabe Nr. 3 der „Stimme des Gewissens" ein ärgerlicher Fehler unterlaufen. Veltheim-Ostrau schreibt sich **nicht** mit F und d wie Feld. Bitte das im Gedächtnis einzugeben.

## Die Antwort

Der Verfasser des Beitrages „Die Bedeutung der Persönlichkeit" in „Stimme des Gewissens" Nr. 3 / 2006, S. 4 ist Adolf Hitler in „Mein Kampf", Ausgabe 1925, 12. Kapitel, Punkt 14.

## AUS DEM INHALT Seite

# Wunsiedel 2006 und das Tribunal

In diesem Jahr gedenken wir des 60. Jahrestages der Urteilsverkündung und -vollstreckung im Internationalen Militärtribunal zu Nürnberg.

Es handelte sich um Rache, um Siegerwillkür und Siegerjustiz gegenüber den besiegten Deutschen. Zwölf Führungspersönlichkeiten des Dritten Reiches wurden zum Tode durch den Strang verurteilt, der schmählichsten Todesart überhaupt, z.T. nach schweren Folterungen.

Besonders grotesk war die Urteilsbegründung für den Friedensemissär Rudolf Heß, der zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde, wegen:

**„Verschwörung zur Planung und Führung von Angriffskriegen“** und wegen **„Verbrechen gegen den Frieden“.**

Am Ende seiner Haft, die sein halbes Leben umfaßte, davon 21 Jahre Einzelhaft in dem großen Spandauer Gefängnis, wurde er als Dreiundneunzigjähriger noch ermordet.

Nach einem Seminar mit **Dr. Hans Meiser, Verfasser des Buches „Das Tribunal, ein deutsches Drama“**, war es mir klar, daß in diesem Jahr Szenen aus dem Tribunal in Wunsiedel beim diesjährigen Trauermarsch vorgetragen werden sollten. Das wurde auch mit dem Veranstalter so abgesprochen.

Es meldete sich spontan eine Reihe von Mitwirkenden, und wir stellten einen Text zusammen, der etwa 50 Minuten beanspruchte, weil mehr bei einer solchen Veranstaltung im Freien nicht möglich erschien. Es sollten aber die wesentlichen Gesichtspunkte der Vorgehensweise bei diesem Nürnberger Tribunal doch deutlich erkennbar werden.

Der Trauermarsch wurde eine Woche vorher verboten. Unser Plan einer künstlerischen Trauer- und Gedenkdarstellung blieb jedoch für Wunsiedel bestehen.

Ich hatte bereits die Örtlichkeiten genau erkundschaftet und zwei mögliche Plätze herausgefunden, einmal den Kirchplatz im Zentrum der Stadt, zum anderen eine Art Thingplatz etwas außerhalb unter einer Linde in einem Baumkreis.

Eine vornehmlich linke Vereinigung „Bündnis gegen Rechtsextremismus“, der sich aber auch die Kirchen und der CSU-Bürgermeister Karl-Willy Beck anschlossen, richteten eine „Meile der Demokratie“ im Zentrum Wunsiedels aus. Auf dem Kirchplatz sollte ein ökumenischer Gottesdienst stattfinden. Damit entfiel dieser Ort für uns, dessen Reservierung wir für unsere Theatervorführung beim zuständigen Pfarramt beantragt hatten.

**„Wunsiedel ist bunt statt braun“** war die Devise des Bündnisses gegen Rechtsextremismus. Eine seltsame Vorstellung von bunt! Solange es noch rechte Trauermärsche gab, war Wunsiedel wenigstens zweifarbig, die roten Chaoten und die angeblich braunen Rechten. Jetzt, nach Verbot der Braunen, blieb doch nur rot übrig, garniert mit etwas grün. Um dem abzuhelfen und doch etwas bunte Farbe hineinzubringen, hatten wir die Kirchenleitung über unser Vorhaben informiert. Das erschien auch insofern der richtige Ort, weil wir unsere Darstellung unter das auf einem großen Spruchband gemalte Motto „Die Wahrheit wird euch frei machen“, Johannes 8,32, gestellt hatten. Außerdem sangen wir zu Beginn, begleitet von einer Querflöte, „Ein feste Burg ist unser Gott“. Wir hatten sogar um Begleitung durch den zuständigen Organisten gebeten. Das war also alles der Kirchenleitung bekannt, dennoch erhielten wir keinerlei Antwort, und wie wir später erfuhren, war unser Brief umgehend an den Staatsschutz weitergereicht worden.

Das Wetter war im Gegensatz zum Vortage sonnig, windstill und warm, hervorragend geeignet für eine Freiluftaufführung. Davon profitierte natürlich auch die Demo-

## Ein feste Burg ist unser Gott

**Ein feste Burg ist unser Gott,**
**Ein gute Wehr und Waffen.**
**Er hilft uns frei aus aller Not,**
**Die uns jetzt hat betroffen.**
**Der alt böse Feind,**
**Mit Ernst ers jetzt meint;**
**Groß Macht und viel List**
**Sein grausam Rüstung ist,**
**Auf Erd ist nicht seinsgleichen.**

**Und wenn die Welt voll Teufel wär**
**Und wollt uns gar verschlingen,**
**So fürchten wir uns nicht so sehr,**
**Es soll uns doch gelingen.**
**Der Fürst dieser Welt,**
**Wie saur er sich stellt,**
**Tut er uns doch nicht;**
**Das macht, er ist gericht':**
**Ein Wörtlein kann ihn fällen.**

**Das Wort sie sollen lassen stahn**
**Und kein' Dank dazu haben;**
**Er ist bei uns wohl auf dem Plan**
**Mit seinem Geist und Gaben.**
**Nehmen sie den Leib,**
**Gut, Ehr, Kind und Weib:**
**Laß fahren dahin,**
**Sie habens kein' Gewinn,**
**Das Reich muß uns doch bleiben.**

Martin Luther

Nach Helmut Stellrecht („Adolf Hitler, Heil und Unheil, die verlorene Revolution“) war dies Hitlers Lieblingslied.




kratiemeile, auf der wir ein erstaunliches Plakat entdeckten: groß über einer Häuserwand aufgespannt:

Auf grünem Hintergrund erhob sich ein völlig unversehrtes Hakenkreuz aus einem Mülleimer, den Deckel hochschleudernd.

Man könnte sagen: das wiedererstandene Hakenkreuz aus dem Müll der Geschichte. Wieso das gezeigt werden durfte, ist uns unerklärlich. Vielleicht war es aber die Erkenntnis, daß ohne eine solche Darstellung Wunsiedel eben tatsächlich nur einfarbig und nicht bunt ist. Dazu paßte auch die Überschrift: „Nazis? Nein danke!" Nazis mit Fragezeichen heißt doch wohl Nationalzionisten, und wer will die schon angesichts des Libanonkrieges?

Also auf zum „Thingplatz"! Anwesende Freunde, denen wir auf der Straße und in Hotels in Wunsiedel begegneten, wurden informiert, daß dort um 15 Uhr eine Darstellung des Tribunals stattfinden würde. Versammlungen waren zwar verboten, aber nicht Theatervorführungen. So fand auch abends im Wunsiedeler Felsentheater die Oper von Friedrich von Flotow „Martha" statt, was wir ermittelt hatten.

Während Wunsiedel sich „bunt statt braun in trefflicher Feierlaune" bei einem Demokratie-Volksfest präsentierte, wo junge Frauen „knapp bekleidet und auf der nackten Haut bunt bemalt" einen Demonstrationszug anführten (so die Zeitungen), gedachten wir in unserer Darstellung des Justizverbrechens vor 60 Jahren und des Schicksals von Rudolf Heß.

Ein größerer Gegensatz ist nicht denkbar! Aber auch keine größere Peinlichkeit, ja Beschämung für das deutsche Volk.

Es kam uns nicht darauf an, möglichst viele Zuschauer und Zuhörer zu haben. Wir wollten vielmehr, daß an diesem Tage und an diesem Ort der Kontrapunkt gesetzt würde, und dieses schändliche Verbrechen laut und deutlich, wie auch die Namen der zum Tode Verurteilten, benannt würde. Das gelang uns. Erst als wir abschließend das Lied „Wenn alle untreu werden" sangen, erschien noch etwas zögernd die Polizei, bis uns eine ganze Hundertschaft umringte. Wir sangen ihr das Lied noch einmal vor.

Unsere Personalien wurden registriert und wir alle zu dem Polizeigebäude in Wunsiedel gefahren. Was daraus sich ergeben wird, ist ungewiß. Festzuhalten ist nur, daß die Polizisten und ihre Vorgesetzten einschließlich des Staatsschutzes sehr zuvorkommend und freundlich, und sogar hilfsbereit waren. Zum Beispiel ließen sie unsere Autos, die am Thingplatz stehenblieben, dort bewachen, während wir im Polizeigebäude waren.

**Die Schlußfolgerung:**

Bei Widerständen nicht gleich nachgeben, sich nicht einschüchtern lassen! Wenn wir etwas ernsthaft und selbstlos zur Ehre Deutschlands wollen, dann finden sich auch Mittel und Wege, es durchzuführen.

Und:

Die Polizei ist nicht unser Feind, der befindet sich anderswo.

**Ursula Haverbeck**

# Wunsiedel in der Zukunft
# Vorschlag an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Aus dem Obermain-Tageblatt vom 19./20. August habe ich von Ihrer Ablehnung des Lerchenberg-Vorschlages, das Heß-Grab einzuebnen, Kenntnis erhalten. Dafür bin ich Ihnen sehr dankbar. Es käme wirklich einer Totenschändung gleich, wenn diesem Vorschlag stattgegeben würde.

Außerdem antworten Sie in der „Fragestunde" auf die Frage, was Sie auf die Palme brächte: „Unehrlichkeit und destruktives Verhalten". In der Frage 17 kennzeichnen Sie einen Helden mit den Worten: „Menschen, die in nahezu ausweglosen Situationen sich ein Herz fassen, was riskieren, um die Dinge zum Guten zu wenden."

Dem ist in jeder Hinsicht zuzustimmen.

Ich frage mich nur, ob es nicht schon unehrlich, also nicht wahrhaftig ist, von Wunsiedel als bunt zu sprechen, wenn jede grundsätzlich andere Meinung ausgeschaltet wird. Es gibt nicht nur rechte Chaoten und Extremisten, sondern auch sehr nachdenkliche und umfassend informierte „Rechte", die wohl kaum als Chao-

ten oder Extremisten bezeichnet werden können. Diese haben z.T. noch aus persönlicher Kenntnis eine völlig andere Beurteilung von Rudolf Heß als offenbar auch Sie. In den Zeitungsberichten ist nur von dem Verbrecher oder Kriegs-Verbrecher Heß zu lesen. Ich habe keinerlei Distanzierung Ihrerseits in den vielen Berichten dazu gefunden. Im Gegenteil wird betont, daß Ihnen zu verdanken sei, daß diese Gedenkveranstaltungen für Rudolf Heß in Wunsiedel nicht mehr stattfinden können.

Nun kann ich mir nicht vorstellen, daß ein CSU-Bürgermeister einfach die haßerfüllten Parolen von Linkschaoten übernimmt oder nicht wissen sollte, daß immer Sieger die Geschichte schreiben.

Rudolf Heß können Sie persönlich nicht gekannt haben, auch wahrscheinlich weder seine Frau noch seinen Sohn. Um sich ein Urteil zu bilden, werden Sie aber die Briefe von Heß an seine Frau wie auch das Buch seines Verteidigers in Nürnberg, Alfred Seidl (wie Sie CSU-Mitglied und eh. bay. Minister), „Der Fall Rudolf Heß 1941 – 1984“ gelesen haben. Auch die vielfältigen Veröffentlichungen zum Nürnberger Tribunal, im vorigen Jahr noch einmal zusammengefaßt durch Dr. Hans Meiser in Form eines Dramas, dürften Ihnen bekannt sein. Ich nehme auch an, daß Sie aufmerksam den englischen Historiker Martin Allen in der deutschen Übersetzung „Churchills Friedensfalle“, die auch als Fernsehfilm gebracht wurde, zur Kenntnis genommen haben (über den 93-jährig noch ermordeten Friedensunterhändler Heß).

Wenn Sie trotzdem zu dem Urteil gekommen sind, daß es sich bei Rudolf Heß um einen Verbrecher handelte, dann wäre ich äußerst daran interessiert, wie Sie das begründen, womit Sie die zahllosen anderslautenden Dokumente widerlegen.

Es geht um nichts Geringeres als die Wahrheitsfindung. Und als Christ werden Sie wie ich das Wort aus Johannes 8,32 kennen: „Die Wahrheit wird euch frei machen“, und ebenso das andere Wort von Pilatus: „Was ist Wahrheit?“

Eines erscheint mir jedenfalls offensichtlich: durch Verbote kann Wahrheitssuche und Wahrheitsfindung nicht ersetzt werden. Deswegen würde ich für das nächste Jahr anregen, einmal von Ihrer Seite aus eine offene Diskussion und Erörterung des Falles Rudolf Heß mit pro und contra und ohne Behinderung durch linke Chaoten in Wunsiedel zu veranstalten. Das wäre dann nach Ihrer eigenen Kennzeichnung eines Helden heldenhaft und erstrebenswert.

Mit bestem Gruß

**Ursula Haverbeck**
30.8.2006

## Bad Nenndorf

Die britische Tageszeitung „The Guardian“ berichtete im Frühjahr 2006 auf zwei Seiten über die katastrophalen Zustände im britischen Gefangenenlager Bad Nenndorf. Auf einem etwa 25 Hektar großen Areal im Zentrum des niedersächsischen Kurortes hatten alle Bewohner innerhalb kürzester Zeit ihre Häuser zu räumen. Das ganze Gebiet wurde abgeriegelt, und „was sich hinter den Stacheldrahtwällen, den Sichtblenden und Mauern des Badehauses von 1945 bis 1947 abspielte, wurde jetzt detailliert vom Guardian geschildert: „Nahrungsentzug, Schläge, Auspeitschen, Scheinexekutionen, Daumenschrauben – die Liste ist quälend lang“. Eine Hölle war die Zelle 12, die fußhoch mit Wasser gefüllt war und in welcher die Häftlinge die ganze Nacht mit nackten Füßen und nur mit Hemd und Hose bekleidet auf- und abgehen mußten. Acht Tage und Nächte, so berichtete ein überlebender früherer Abteilungsleiter im Propagandaministerium, habe er in dieser Hölle bleiben müssen.

Das war Bestätigung einer Bürgerinitiative, die sich mit dieser verdrängten Episode der Bad Nenndorfer Geschichte seit längerem befaßte und deren Mitglieder dafür ganz schnell von den Nachgeborenen zu Faschisten erklärt wurden, die aufrechnen wollten.

Angehörige der NPD verlangten, daß an dem Winckelerbad eine Tafel zur Erinnerung an diese Opfer angebracht werden sollte. Um das durchzusetzen, wurde ein Gedenkmarsch von rechts angesetzt.

Die Antifa organisierte eine Gegendemonstration, und die Bürger von Bad Nenndorf hielten mit „Phantasie, Witz, Mut und Widerstand in einem Fest dagegen“, so die Lokalzeitung vom 31. Juli 2006. Ein buntes Plakat kündigt an: Bad Nenndorf ist bunt, und unter der Schirmherrschaft des Landrates wird ein großes Programm für jung und alt mit Hip Hop, Theater, Tanz, Kinderschminken und vielem anderen mehr angeboten.

100 Rechte hatten sich für die Trauerkundgebung eingefunden. 500 Gegendemonstranten wollten das verhindern, und über 1000 Polizisten versuchten, die einen vor den anderen abzuschirmen. Vom Kulturfest berichtete die Zeitung: „Leider waren jedoch nicht so viele Besucher in den Kurpark gekommen, wie die Veranstalter es erwartet hatten.“

# Die Zweifel an der offiziellen Version zum 11. September nehmen zu

So wird in der Berliner Zeitung auf der ersten Seite über den Dokumentarfilm „Loose Change" berichtet, was mit „allmählicher Wandel" übersetzt werden kann.

„Immer mehr Menschen fordern die Regierung auf, die vielen Widersprüche und Seltsamkeiten des 11. September aufzuklären. Bis heute liegt kein polizeilicher Ermittlungsbericht über die tatsächlichen Abläufe des Attentats vor."

Ein junger Regisseur, **Dylon Avery**, hat drei Jahre an diesem Dokumentarfilm gearbeitet, der sich mit den „Unanswered Questions", also den unbeantworteten Fragen, zum 11. September befaßt, und auf die „Painful Questions" von Eric Hufschmid zurückgreift. Bemerkenswert ist, daß in der Berliner Zeitung, auf der ersten Seite, dieser Bericht mit folgendem Absatz schließt:

**„Am Ende kommt Avery zu einem vernichtenden Fazit: Nicht Al Kaida hat die Anschläge zu verantworten, sondern eine machtgierige Clique aus dem Zentrum der US-Macht. Die These ist nicht neu, und sie bleibt auch in diesem Film unbewiesen. Dennoch haben den Film, den es kostenlos im Internet (www.loosechange911.com) und als DVD gibt, schon zehn Millionen Menschen gesehen."**

**Berliner Zeitung, 1.8.2006**

Noch erstaunlicher ist die Übernahme dieses Filmes in das US-Fernsehen (MOX). Die Junge Welt berichtete darüber, wie im Internet nachzulesen:

„Es geschehen noch Zeichen und Wunder, manchmal sogar zur besten Sendezeit. Vor einigen Tagen spielte sich auf us-amerikanischen Mattscheiben wahrhaft Ungeheuerliches ab. In ihren Prime-Time-News abends um zehn Uhr brachte die private TV-Station Vox 40 einen Beitrag, der die offizielle Geschichtsschreibung zu den Terrorattacken vom 11. September 2001 unverhohlen als Ammenmärchen entblößt. Der etwa siebenminütige Bericht handelte von der Filmdokumentation „Loose Change" dreier Studenten der State University of New York. Ihre These: Die Anschläge von New York und Washington gehen nicht auf das Konto durchgeknallter Islamisten, sondern sind das Werk der Bush-Administration und ihr verbundener Geheimdienstkreise. ...

Auch in Deutschland haben schon früh Matthias Bröckers, Gerd Wisnewsky, Ronald Thoden und Andreas von Bülow auf zahlreiche Ungereimtheiten in der offiziellen Darstellung hingewiesen und sich dabei bei den deutschen Massenmedien ausgesprochen unbeliebt gemacht. Vielleicht behalten sie aber am Ende doch recht mit ihren Behauptungen. Inzwischen gibt es schon hunderttausende von Websites, die sich mit den offenen Fragen zum 11. September befassen. Und einige von ihnen halten Al Kaida ohnehin nur noch für eine Propagandashow des CIA.

Daß der ganze ‚Krieg gegen den Terror' ein gigantischer Schwindel ist, wird jedenfalls immer wahrscheinlicher, wenn man bedenkt, daß das ganze Geschrei um die etwa 3.000 Opfer des Terroranschlages vom 9.11. vielleicht wirklich nur Medienpropaganda war. Denn gleichzeitig wurden mehr als zehnmal so viele Menschen von der eigenen Regierung auf dem Altar der Geschichte geopfert."

Dieser Hinweis bezieht sich auf eine ebenfalls aus dem Internet abzurufende Mitteilung vom 16. August 2006 zu dem Thema **„Asbest-Attacke aus dem Weißen Haus – die anderen Opfer des 11.9.01"**.

Aus diesem Artikel:

„Die eigene Regierung der USA ist wahrscheinlich für den Tod von weit mehr Menschen verantwortlich, als am 11. September direkt durch die Terroranschläge gestorben sind.

Es wird immer deutlicher, daß das Weiße Haus die Berichte der Enviremental Protection Agency (EPA), das amerikanische Umweltbundesamt, über die Luftqualität in der Umgebung von „Ground Zero" nach den Anschlägen manipuliert hat und damit alle Helfer und zahlreiche Bewohner und Angestellte im südlichen Manhatten extremen Gesundheitsrisiken ausgesetzt hat. Inzwischen sollen bereits etwa 15.000 Menschen Symptome dieser Krankheit zeigen. Die ersten Menschen sind bereits gestorben. Schätzungen gehen davon aus, daß 30.000 – 50.000 davon betroffen sein könnten.

Das Unfaßbare ist eigentlich, daß die US-Regierung damit vor allem die zahlreichen patriotischen Helfer vorsätzlich einem extremen Todesrisiko ausgesetzt hat, und daß dies in der Presse kaum beachtet wird. Denn die tödliche Wirkung von geringsten Mengen von Asbeststaub ist schon seit Jahrzehnten bekannt. Die Luft von Ground Zero bestand aus einer Mischung aus Asbeststaub, Quecksilber und Dioxinen – eine extrem gefährliche Zusammensetzung, gegen die auch einfache Atemschutzmasken keinen ausreichenden Schutz bieten.

Bereits im Jahre 2004 hatte das Mount-Sinai-Krankenhaus in New York in einer Reihenuntersuchung von etwas über 1.000 ehemaligen Helfern festgestellt, daß etwa dreiviertel von ihnen über Atemwegsbeschwerden wegen der Aufräumarbeiten an Ground Zero berichteten. Etwa die Hälfte der Untersuchten hat seither chronische Atemwegsbeschwerden, nur 21 % der Helfer verfügten über einen ausreichenden Atemschutz."

**Zur Erinnerung: Horst Mahler** wurde wegen kritischer Äußerungen unmittelbar nach dem Ereignis am 9.11. von Gerichten der Bundesrepublik zu einer Geldstrafe von mehr als 7.000,- Euro verurteilt, die er jetzt plus Gerichtskosten (es ging durch drei Instanzen) immer noch abbezahlen muß.

# Auszug aus dem Brief Ahmadinedschads an Angela Merkel

Wir alle haben erfahren von der Tatsache dieses Schreibens. Veröffentlicht wurde es von der Bundesregierung nicht. Die jetzt aus dem Internet aufgespürte Übersetzung wurde dem Bundeskanzleramt zugeleitet mit der Bitte zu prüfen, ob sie mit dem dort vorliegenden Text identisch sei. Das wurde abgelehnt mit der Begründung, daß diese Rede nicht veröffentlicht worden wäre. Ahmadinedschad schreibt an die **Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland:**

**„Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, seien Sie herzlich gegrüßt!**

Ich hätte diesen Brief nicht geschrieben, wenn Deutschland nicht der Mittelpunkt der großen Entwicklungen in Wissenschaft, Philosophie, Literatur, Kunst und Politik gewesen wäre

und keine wichtige positive Rolle bei internationalen Interaktionen zur Förderung des Friedens gespielt hätte;

wenn manche Weltmächte und bestimmte Gruppen nicht ständig mit einem starken Willen das große Deutschland als Verlierer und „Schuldner" des Zweiten Weltkrieges dargestellt und es ständig erpreßt hätten; ...

und schließlich wenn es die - zwar unterschiedliche - Niedergedrücktheit unserer Völker und unsere gemeinsame Verpflichtung zur Förderung der Gerechtigkeit als die wichtigste Grundlage zur Sicherung von Frieden, Sicherheit und Gleichheit der Menschen nicht gäbe.

**Verehrte Frau Bundeskanzlerin,**

Regierungen kommen und gehen, doch die Völker mit ihren Geschichten, Kulturen, Zuneigungen und Interessen bleiben. Die vielfältigen Möglichkeiten und Gelegenheiten, die sich den Regierungen bieten, sind kurzlebig. Diese sind sehr wertvoll und können die positiven und negativen Entwicklungen in einem Land entscheidend beeinflussen. Regierungen haben wenig Zeit und viel Verantwortung - gegenüber Gott und dem eigenen Volk. Manche dieser Entwicklungen können regionale, kontinentale und globale Auswirkungen haben und dürfen keinesfalls übersehen werden."

Desweiteren stellt Ahmadinedschad dar, wie er sich längere Zeit mit der Frage befaßt habe, warum man bei manchen Völkern „ständig versucht, über ihnen eine schwarze Wolke der Erniedrigung und des Scham- und Schuldgefühls zu halten. Das Bedauern wird umso größer, wenn man beobachtet, daß manche Zuständigen des einen oder anderen Staates sich die Erniedrigung ihres Volkes gefallen lassen und sie sogar verteidigen. Ist das nicht ein seltsames Phänomen in der heutigen Welt? ....

Wie lange noch soll die Erniedrigung des Volkes und die Erpressung andauern? 60 Jahre, ein Jahrhundert, 10 Jahrhunderte, bis wann? Es tut mir leid, daran erinnern zu müssen, daß heute die ständigen „Ankläger" des großen deutschen Volkes manche gewaltbesessene Länder und die Zionisten sind, die das Besatzungs-Regime durch Waffengewalt im Nahen Osten errichtet haben.

**Verehrte Frau Bundeskanzlerin,**

Ich habe nicht vor, der Frage des Holocausts auf den Grund zu gehen. Aber spricht das gegen die menschliche Vernunft, wenn man die Tatsache für möglich hält, daß manche Siegermächte des Zweiten Weltkrieges vorhatten, einen Vorwand zu schaffen, um damit das Volk des besiegten Landes dauernd zu erniedrigen, seine Motivation und Vitalität zu schwächen und seinen Fortschritt und seine verdiente Souveränität zu verhindern? Neben dem deutschen Volk sind auch die Völker im Nahen und Mittleren Osten und sogar die Menschheit durch die Thematisierung des Holocausts zu Schaden gekommen. ...

Zum Glück hat das deutsche Volk trotz aller Erniedrigungen und Einschränkungen große Schritte auf dem Wege des Fortschritts unternommen, so daß Deutschland heute eine der [führenden] Wirtschaftsmächte Europas ist und versucht, eine effektive Rolle bei internationalen Interaktionen zu spielen. Aber stellen Sie sich vor, welchen Status Deutschland bei freiheitsliebenden Menschen, bei den Muslimen der Welt und Europäern spielen würde und welchen Einfluß dieses Land auf den Weltfrieden hätte, wenn es die erwähnten Erniedrigungen nicht gegeben hätte und die Regierungen in Deutschland sich gegen die Erpressungen der Zionisten zur Wehr gesetzt und den größten Feind der Menschheit nicht unterstützt hätten?"

Im zweiten Teil seines Briefes weist Ahmadinedschad auf das ähnliche Schicksal zwischen Deutschland und dem Iran hin:

„Auch unser Volk hat nach dem Zweiten Weltkrieg unter der Einmischung einiger Siegermächte des Krieges gelitten. Über viele Jahre hinweg mischten sie sich in alle unsere Angelegenheiten ein und ließen nicht zu, daß unser Volk sich weiterentwickelt und Fortschritte erzielt. Diese Mächte hatten es auf den großen Reichtum unseres Volkes, v.a. auf unsere Energiequellen abgesehen; um ihre Ziele zu erreichen, haben sie seinerzeit eine legitime Regierung gestürzt und ein diktatorisches Regime bis zum Ende seiner Lebenszeit unterstützt, und beim auferlegten Krieg von Saddam Hussein gegen uns Saddam unterstützt und die Grenzen der Menschlichkeit weit überschritten.

Unser Volk hat genau unter der Einmischung derjenigen gelitten, die sich heute schreiend für Menschenrechte einsetzen. Es gibt heute noch viele meiner Landsleute, die unter den Verletzungen aus der Kriegszeit leiden. ...

Iran und Deutschland können auf der Basis ihrer erhabenen Sichtweisen nebeneinander eine wichtigere Rolle auf der internationalen Ebene spielen.

Diese Zusammenarbeit kann die Rolle Europas auf der internationalen Szene verstärken und zum Musterbeispiel für die Zusammenarbeit von zwei Völkern und zwei Regierungen werden. ...

Ohne Zweifel können durch die Zusammenarbeit der beiden Regierungen und durch Unterstützung der beiden großen Völker große Schritte zur Beseitigung der Mißstände in der Welt unternommen werden.

Mutige Entscheidungen bilden die Grundlage für die Bekämpfung von Mißständen, Ungerechtigkeiten, Erniedrigungen und Verteidigung der Rechte der Völker.

Soweit ich das deutsche Volk kenne, bewegt es sich bereits auf diesem Wege und versucht, seine Souveränität wieder zu gewinnen und seinen hohen Status zugunsten des Weltfriedens zu nutzen. Eine solche Einstellung hat auch unser Volk. ...

Ich wünsche Ihnen, der deutschen Regierung und dem deutschen Volk viel Erfolg."

**Die Welt am Sonntag online vom 31. August 2006**

Die Welt am Sonntag hatte nichts eiligeres zu tun, als in diesem Brief die nationalsozialistische Ideologie aufzuspüren und einen plumpen Anbiederungsversuch, weil Iraner und Deutsche – nach Ahmadinedschad – zu den kulturschöpferischen, arischen Völkern gehören.

# Vom Opfer zum Täter

## Ein Leserbrief, der tatsächlich abgedruckt wurde in der FAZ am 16.08.2006

Zum Artikel von Peter Schilder „Deutsche Juden und der Krieg" (FAZ vom 10. August): Ich bin schmerzlich betroffen und entsetzt. Als deutsche Jüdin und Mitglied der deutschen Sektion „European Jews for a just Peace". In besagtem Artikel werden die Äußerungen und Darstellungen völlig einseitig aus israelischer Sicht dargestellt. Gerade die Berichterstattung in den deutschen Medien zeugt von einer erschreckenden „Ausgewogenheit", besonders im Vergleich mit der ausländischen, sogar der von „Haaretz". Von „Verhältnismäßigkeit" bei einer der bestausgerüsteten Armeen der Welt kann also gar keine Rede sein. Israel braucht keine U-Boote und Waffen von uns, sondern Druck. Wo bleibt der Aufschrei über den Einsatz von Streumunition auf Zivilisten? Wo bleibt der Aufschrei über die Äußerungen des israelischen Justizministers Hajim Ramon? Originalzitat der Tageszeitung „Haaretz": „Natürlich wird es durch die Ausweitung des Krieges weitere zivile Opfer geben im Libanon, aber es ist mir immer noch lieber, als wenn israelische Kinder getötet werden." Was kann diesen Zynismus noch überbieten? Wie lange kann und darf die jüdische Welt noch zu solchem Frevel schweigen? Israelische Kindergärten haben Bunker, libanesische Kinder, siehe Kana, hatten diese Chance nicht. Wo bleiben die Bilder aus Gaza? Allein im Monat Juli (laut FAZ) 171 Tote, davon 54 Kinder. Was ist mit den Tausenden ohne Gerichtsbeschluß inhaftierten Palästinensern, darunter auch viele Jugendliche und Frauen? Die jüdischen Gemeinden und der Zentralrat tun mit falscher Solidarität und Abschmetterung jeder auch berechtigten Kritik Israel und den Juden keinen Gefallen. Gerade die deutsche Politik und die deutschen Medien wären besser beraten, sich gerade aufgrund der Vergangenheit nicht in eine falsche Propagandamaschinerie ziehen zu lassen. Vielmehr muß die dunkle Seite der israelischen Gewaltpolitik rückhaltlos aufgedeckt werden – zum Beispiel auch durch Fotos von israelischen Kindern, die „Botschaften" auf Granaten schreiben, die die israelische Armee danach in den Libanon schießt. Oder durch Bilder von „segnenden Rabbinern", das heißt Rabbinern, die die Munition segnen. Ist diese Perversität noch zu überbieten? Seit sechzig Jahren ist Israel vom Opfer zum Täter geworden. Anlaß ist der ungelöste Palästina-Konflikt. Israel muß endlich willens sein, einen gerechten Frieden mit seinen Nachbarn einzugehen. Auf gleicher Augenhöhe, nicht als Besatzer und Aggressor.

**Evelyn Hecht-Galinski,**
**Tochter von Heinz Galinski, ehem. Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland**

### Das wird in Deutschland erzählt

Mister Präsident Bush besucht mit seinem Staatssekretär soziale Einrichtungen. Sie kommen auch zu einem Kindergarten, der einen recht verwahrlosten Eindruck macht. Der Präsident überreicht einen Scheck über 50.000,- Dollar zur gründlichen Renovierung des Kindergartens und seiner Ausstattung.

Danach kommen Mister Präsident und sein Staatssekretär zu einem Gefängnis. Der Präsident bemängelt, daß für die Freizeitbeschäftigung der Gefangenen viel zu wenig getan wird. Es müßte ein Schwimmbad angeschafft werden, ein Golfplatz und vieles andere mehr. Um das alles finanzieren zu können, überreicht er einen Scheck von 5 Millionen Dollar.

Nachdem sie das Gefängnis verlassen haben, fragt der Staatssekretär etwas ungehalten: „Aber Mister Präsident, wieso geben Sie dem Kindergarten nur 50.000,- Dollar und dem Gefängnis 5 Millionen?" Präsident Bush antwortet: „Aber mein Lieber, Sie kennen doch die katastrophalen politischen Zustände. Meinen Sie, die stekken uns nach dem Zusammenbruch in einen Kindergarten?"

# VRBHV

**Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten**

Bankverbindung des VRBHV: Konto Haverbeck-Höfs bei der Sparkasse Hannover, Kontonummer: 1900 488 477, BLZ 250 501 80, bei Auslandszahlungen IBAN: DE 88 250 501 801 900 488 477, BIC: SPKH DE 2HXXX

**Der Schatzmeister bittet dringend, Beiträge und Spenden nur auf dieses Konto einzuzahlen!**

Angesichts der zunehmenden Prozesse wächst notwendigerweise der Finanzbedarf. Wenn jedes Mitglied im ersten Halbjahr 2006 ein weiteres beitragszahlendes Mitglied wirbt, oder - falls dies nicht gelingt - den Beitrag verdoppelt, wäre den Angeklagten und ihren Verteidigern sehr geholfen.

## Bundesverfassungsrichter a.D. Willi Geiger

Ich wage nach einem langen Berufsleben in der Justiz, wenn ich gefragt werde, den Ausgang eines Prozesses nur noch nach dem im ganzen System angelegten Grundsatz vorauszusagen: Nach der Regel müßte er so entschieden werden; aber nach einer der vielen unbestimmten Ausnahmen und Einschränkungen, die das Recht kennt, kann er auch anders entschieden werden. Das genaue Ergebnis ist schlechthin unberechenbar geworden. Allenfalls kann man mit einiger Sicherheit sagen: Wenn du meinst, du bekommst alles, was dir nach deiner Überzeugung zusteht, irrst du dich. Ein der Entlastung der Gerichte dienlicher Rat könnte bei dieser Lage der Dinge sein: Führe möglichst keinen Prozeß; der außergerichtliche Vergleich oder das Knobeln erledigt den Streit allemal rascher, billiger und im Zweifel ebenso gerecht wie ein Urteil. Das heißt in allem Ernst: Unter den in der Bundesrepublik obwaltenden Verhältnissen von den Gerichten Gerechtigkeit zu fordern, ist illusionär.

**(Bundesverfassungsrichter a.D. Willi Geiger, Karlsruhe, in einem Beitrag in der „Deutschen Richterzeitung", 9/1982m S. 325)**

## Einladung zur Mitgliederversammlung des VRBHV am 11.11.2006 im COLLEGIUM HUMANUM in Vlotho

Da das Anliegen unseres Vereins nicht nur die Mitglieder betrifft, wird auch in diesem Jahr die Mitgliederversammlung mit ihren Regularien im Rahmen eines Seminars durchgeführt, zu dem Gäste herzlich willkommen sind. Vorgesehen ist folgender Programmablauf:

Am Freitag, den 10.11. ab 19.30 Uhr Berichte über den Stand der Prozesse durch RA Sylvia Stolz und Betroffene.

Am Sonnabend, den 11.11., ist Prof. Dr. Bernd Rabehl für den Vormittag eingeladen worden zu dem Thema „Von der Außerparlamentarischen Opposition zum Aufstand für die Wahrheit". Ein historischer Überblick über 38 Jahre einer von den Bürgern geübten politischen Mitverantwortung.

Am Nachmittag findet ab 15.00 Uhr die Regularienversammlung statt, in der als wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen:

- Neuwahl des Vorstandes,
- Satzungsänderung: die Amtsdauer des gewählten Vorstandes soll von einem auf drei Jahre verlängert werden, und
- die Fortführung der Arbeit unter erschwerten Bedingungen.

Am Abend: Die Laienspielgruppe „Starker Tobak" stellt Szenen aus dem Tribunal dar.

Sonntag, den 12.11. Heldengedenken, Kurzbeiträge von Mitgliedern aus ihrer Arbeit.

Die Veranstaltung endet mit dem Mittagessen am Sonntag.

Sobald die Mitglieder sich angemeldet haben, erhalten sie als Bestätigung die genaue Tagesordnung für die eigentliche Mitgliederversammlung mit ihren Regularien.

Mit besten Grüßen für den Vorstand Ursula Haverbeck

# Wichtige Gerichtstermine

**Hans Jürgen Kiessling** am Mittwoch, den 27.9. um 12.30 Uhr im Amtsgericht Düsseldorf wegen Drucklegung nachträglich verbotener Schriften. Saal A 360

**Germar Rudolf** am Dienstag, den 14.11., erster Termin im Landgericht Mannheim, A 1 (das ist die Straßenbezeichnung), 68159 Mannheim, Tel. 0621/292-0. Für diesen bedeutsamen Prozeß sind weitere Termine bereits festgelegt:
Donnerstag, den 16. November
Montag, den 4. Dezember
Mittwoch, den 6. Dezember
Donnerstag, den 21. Dezember
Mittwoch, den 10. Januar 2007
Montag, den 22. Januar
Montag, den 29. Januar
Der Beginn der Verhandlungen ist vermutlich jeweils um 9.00 Uhr. Wir bitten aber vorsichtshalber, sich zu erkundigen.

Gleichzeitig mit Rudolf wird auch der Fall **Siegfried Verbeke** abgehandelt.

**Sylvia Stolz** am Mittwoch, den 18. Oktober in München, Landgericht II, 10.30 Uhr wegen ihres Briefkopfes, der nach Ansicht der Rechtsanwaltskammer Anlaß zu unlauterem Wettbewerb geben würde.

**Ernst Günter Kögel:** sein Berufungstermin führte zu keiner Verbesserung, sondern zu 18 Monaten Haft ohne Bewährung. Der Grund für diese Strafe sind zwei vor fünf Jahren gebrachte Artikel von Johannes Peter Ney und Hans-Werner Woltersdorf zur Frage der deutschen Ausländerpolitik (bei Woltersdorf ist es der Satz: „... daß sich die Ablehnung bis zum Haß steigern kann") in dem von Kögel seit zwei Jahren nicht mehr herausgegebenen Deutschland-Heft. Er beantragte Revision.

**Dr. Rigolf Hennig** befindet sich bereits in der JVA in Achim. Er sitzt dort eine Strafe von 9 Monaten ohne Bewährung ab wegen Verunglimpfung der Bundesrepublik. Seine Anschrift: Dr. Hennig, Obernstraße 40, 28832 Achim. Mit Freigang kann er in der nächsten Zeit nicht rechnen.

**Horst Mahler:** Die Revision zum Berufungsverfahren in Berlin wurde abgelehnt. Es handelte sich bei dem Prozeß um angeblich judenfeindliche Äußerungen im NPD-Verfahren. Damit ist das Urteil, neun Monate Gefängnis ohne Bewährung, rechtskräftig geworden. Der Haftantritt kann jederzeit verfügt werden.

# Bericht aus dem Gefängnis
# JVA Vechta, Abtl. Achim, Buchnr. 1076/06/4

Ein mittelgroßes Gebäude hinter dem altertümlichen Amtsgericht in der Stadtmitte, gleiches Alter, vor rund 150 Jahren noch Kloster, im Krieg Lazarett, jetzt Bleibe für Gestrauchelte aller Art: von solchen, die ihre Geldstrafe nicht bezahlen bis zu vieljährigen „schweren Jungs" in der Bewährungsfrist. Alles in allem um die 30, überschaubar.

Die Mauern des einstöckigen Giebelhauses sind klösterlich dick, die gut unterkellerte Anlage nicht ungemütlich, ein kleiner Garten hinter vier Meter hohen Mauern nach Art eines Atriumgartens mit Rasen und einigen wenigen Blumen und Sträuchern rundet die Anlage ab.

Die Menschen hinter den Gittern sind das getreue Abbild der Gesellschaft draußen, nur daß man innerhalb der Solidarität der Gefangenen mit den Einzelschicksalen besser vertraut wird. Es gibt ihn nicht, den „Typ des Kriminellen", aber es gibt eine Menge krauser Schicksale, Gedankenlosigkeit, auch Verantwortungslosigkeit, nicht zuletzt aber auch Schludrigkeit der Justiz.

Es sind noch zwei „Politische" hier. Einer hat sich nach eigenen Angaben gegen Rauschgiftkurden gewehrt, ein anderer hat „geleugnet". Der Rest ist so gutgläubig-verhetzt, wie die „draußen", aber möglicherweise etwas kritischer und daher ansprechbar. Als „Politischer" bin ich von Haus aus eine Klasse für sich wie weiland schon als U-Häftling vor 43 Jahren in Innsbruck in Sachen Südtirol.

Die Beamten: korrekt mit einem guten Schuß Menschlichkeit. Ganz oben, im Leitungsbereich ist der Druck der Politik zu spüren. Nur ja nichts falsch machen! Ich soll keine Wehrsportgruppe aufbauen.

Ich lese viel, schreibe einiges und habe Zeit zum Nachdenken mit gewissen klösterlichen Erholungseinheiten (frei nach Ernst Günther Kögel), wenn ich mir auch noch immer wie im falschen Film vorkomme.

Das Wissen allerdings, daß die wahren Strolche auf der anderen Seite des Gitters sind, hält bei Stimmung und noch mehr die zahlreichen Beweise echter, verläßlicher Freundschaft.

Die „Verabschiedung" am 10. Juli mit Deutschlandlied macht bis heute Eindruck.

Es herrscht Krieg, und wir haben noch einen langen Weg vor uns.

**Rigolf Hennig**

# Vor der XVII. Kammer des Pariser Strafgerichts: Der CRIF und Jahwe gegen Prof. Robert Faurisson (11. Juli 2006)

Der Schuß ging nach hinten los. Sie hätten besser daran getan, sich nicht mit Prof. Faurisson anzulegen. Diese Erfahrung mußten zu ihrem Schaden zuerst die stellvertretende Staatsanwältin Anne de Fontette – welche das Strafverfahren eingeleitet hatte –, dann die drei Zivilparteien (LICRA, MRAP, Ligue pour les droits de l'homme) sowie schließlich der neue Vorsitzende der XVII. Kammer des Pariser Strafgerichts Nicolas Bonnal machen.

## Fachwissen und Entschlossenheit Prof. Fausissons

Viereinhalb Stunden lang waren etwas über hundert Revisionisten, die aus Frankreich, Großbritannien, Schweden, der Schweiz, Italien, dem Iran und anderen Ländern gekommen waren, um den Professor zu unterstützen, an diesem Dienstag, dem 11. Juli, vor der XVII. Kammer der Pariser Strafgerichts, die aufgrund der Sommerhitze einem Brutofen glich, Zeugen eines Kampfes, der zugunsten der Verteidigung ausging.

## Die stellvertretende Staatsanwältin Anne de Fontette erbittet den Schutz Jahwes!

Anne de Fontette sorgt für einen unrühmlichen Höhepunkt der Verbalaggressionen seitens der Zivilparteien. Sie klagt Faurisson und den Iran an. Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, **beendet sie ihre Anklagerede mit ... einem jüdischen Gebet. Sie verkündet, daß sie jetzt einen Text verlesen wird, den sie gerne selbst verfaßt hätte, und ruft dann „Jahwe" an (sic), den Beschützer „seines auserwählten Volkes" (sic), damit dieser besagtes Volk vor „falschen Lippen" (sic) beschütze (also vor den „falschen Lippen" Faurissons).** Man hat richtig gelesen. Diese Worte wurden von einer stellvertretenden Staatsanwältin der Französischen Republik und im Gerichtssaal eines laizistischen Staates gesprochen. Daraus ersieht man, daß das Kreuz, das schon längst aus unseren Gerichtssälen entfernt worden ist, an jenem Tag in Paris durch die Beschwörung Jahwes ersetzt wurde, dessen Zorn und Rache sich auf das Haupt Robert Faurissons ergießen solle – was man als Aufruf zur Gewalt oder zum Mord deuten kann: Heißt es in Psalm 120 denn nicht, daß den „Lügenmäulern" und den „falschen Zungen" „scharfe Pfeile eines Starken und feurige Kohlen" drohen?

An jenem selben Tag tritt das einzige „auserwählte Volk" an die Stelle des gesamten französischen Volkes. Der Gerichtsvorsitzende Bonnal äußerte sich mit keinem Wort dazu. Kann man sich seine Reaktion vorstellen, wenn ein Vertreter der Staatsanwaltschaft Allah oder Jesus (der, wie man weiß, laut dem Talmud dazu verdammt ist, bis ans Ende der Tage in siedenden Exkrementen zu brodeln) angerufen hätte? Die stellvertretende Staatsanwältin erklärt schließlich, da Faurisson vielfach rückfällig geworden sei, müsse man seine Strafe „um eine Stufe heraufschrauben" und ihn zu einer Gefängnisstrafe, „vielleicht auf Bewährung", verurteilen. Sie weiß nicht, daß ihr Vorgänger, Francois Cordier, am 9. Mai 1995 drei Monate Gefängnis ohne Bewährung für Faurisson verlangt hat. Was die Zivilparteien betrifft, so fordern diese, dem Ritual getreu, ihr Pfund Fleisch in Form astronomisch hoher Genugtuungszahlungen.

## Nicolas Bonnal wurde vom CRIF und vom Simon-Wiesenthal-Zentrum „geschult"!

Warum hat der Gerichtsvorsitzende Bonnal angesichts der stürmischen Anrufung Jahwes und diesem Aufruf zur Gewalt oder zum Mord geschwiegen? Vielleicht, weil er selbst mit zwei Organisationen unter einer Decke steckt, die der israelischen Rechten nahe stehen, dem CRIF und dem Simon-Wiesenthal-Zentrum? An der Spitze des CRIF (Conseil représentatif des institutions juives de France, Stellvertretender Rat der jüdischen Institutionen Frankreichs) steht der Bankier Roger Cukierman, der früher bei der Privatbank Edmond de Rothschild eine hohe Position innehatte. In einem Kommuniqué vom 5. Juli 2006 hat der CRIF eben bekanntgegeben, daß er für die „Schulung" der europäischen Magistraten aufkommt, und unter diesen Magistraten erwähnt er namentlich, an allererster Stelle, den Gerichtsvorsitzenden Nicolas Bonnal; dieser hat an einem Schulungskurs teilgenommen, der von Marc Knobel, dem Forschungsbeauftragten beim französischen Simon-Wiesenthal-Zentrum, geleitet wurde! An zweiter Stelle nannte der CRIF stolz einen anderen Kursabsolventen: Francois Cordier! Steht Robert Faurisson vielleicht vor einem rabbinischen Gericht, das ihn more Judaico verurteilen wird?

## Der Donnerschlag des Rechtsanwalts Eric Delcroix

Plötzlich meldet sich eine furchterregende Stimme zu Wort: Jene des Rechtsanwaltes Eric Delcroix. Mit Eric Delcroix betritt ein Mann das Rednerpult, der in der großen Tradition der französischen Rechtsanwälte steht; er läßt das Mikrofon beiseite, und seine Beweisführung ist meisterhaft. Der Verteidiger des Professors packt den Stier bei den Hörnern: Er seziert diesen „Artikel 24 bis", dieses „gräßliche Gayssot-Gesetz", wie es Yves Baudelot, Anwalt von *Le Monde*, genannt hat. Er weist seinen abartigen Charakter nach. Anschließend geht er der Sache auf den Grund und entlarvt die abstoßende Justizfarce von Nürnberg, welche dem Artikel 24 bis zugrunde liegt. Er erinnert ferner daran, daß er sich als junger Anwalt in die Sowjetunion begeben hat, um sich an der Verteidigung von Dissidenten zu beteiligen. Heute führt er seine Aufgabe als Verteidiger der öffentlichen Freiheiten gegen eine neue Tyrannei fort. Jahrelang hat er gekämpft, um zu erreichen, daß der Artikel 14 des Pressegesetzes, der es dem Innenministerium erlaubt, ge-

wisse im Ausland gedruckte Werke zu verbieten, für nicht anwendbar erklärt wird. Diese Nichtanwendbarkeit wurde schließlich de facto erreicht; anschließend wurde sie von den administrativen Gerichten von Paris anerkannt: zu guter Letzt hat der Gesetzgeber den Artikel 14 abgeschafft. Anwalt Eric Delcroix erklärt: „Ich bin fest entschlossen, Artikel 24 bis zu Fall zu bringen, so wie ich Artikel 14 zu Fall gebracht habe."

### Professor Faurisson hat das letzte Wort

Allen Störungsversuchen zum Trotz konnte der Professor bisher eine Stunde lang reden. Nun spricht er noch eine weitere halbe Stunde. Er zählt die hauptsächlichen Irrtümer der Zivilparteien, vor allem aber jene des stellvertretenden Staatsanwaltes auf. Er führt seine Schläge nicht mit voller Kraft, denn der Gegner ist am Ende; er ist ganz offensichtlich erschöpft und ratlos. Auf einen am Boden Liegenden drischt man nicht ein. Doch warnt man ihn: Jede neue Verurteilung oder jede neue Strafanzeige würde zu einem Wiederaufflammen der Feindseligkeiten führen. In den letzten Jahren haben die Untersuchungsrichter und die Staatsanwälte davon Abstand genommen, sich mit Faurisson anzulegen. Neue, unerfahrene Magistraten hielten sich für schlauer als ihre Vorgänger. An diesem 11. Juli 2006 hat Faurisson ihnen eine gehörige Lektion erteilt. Bei einer künftigen Kraftprobe auf dem juristischen Gebiet könnte er ihnen eine noch schmerzlichere Lektion erteilen.

Die Urteilsverkündung wurde auf den 3. Oktober verschoben.

## Man kann nicht immer nur weinen
## Hörspiel: Amalia Hinterwäldlerin wieder vor Gericht

**Vorspiel** (Goethes, Faust)
- nicht im Himmel, sondern wesentlich tiefer -
Personen: Richter und Staatsanwalt

**Richter:** Herr Kollege, mußte das denn sein, daß diese Amalia Hinterwäldlerin wieder vor Gericht erscheint? Sie wissen doch, die kommt immer allein, ohne Rechtsanwalt, da kann man ihr nicht den Mund verbieten.

**Staatsanwalt:** Unmöglich. Sie wurde sowohl von ihrer Nachbarnin, der Schulpsychologin Gutmensch, als auch dem grünen Abgeordneten Morgenroth, und auch von „pro familia" angezeigt wegen Volksverhetzung. Dem müssen wir nachgehen.

**Richter:** Na ja, Sie werden ja sehen. Die ist so umwerfend naiv, das ist für einen geschulten Juristen ziemlich anstrengend. Aber das sage ich Ihnen, diesmal müssen Sie ran bei der Vernehmung.

**Prozeßbeginn**
Personen: Richter (R), Staatsanwalt (STA), Amalia Hinterwäldlerin (A)

**R:** Ihre Personalien. Sie heißen...?

**A** *sieht ihn verblüfft an*: Das ist ein Fall für den Bund der Steuerzahler.

**R:** Was soll denn das heißen?

**A:** Sie wissen doch ganz genau, wie ich heiße, usw. Das steht doch schon alles in Ihrer Akte. Wenn Sie dafür jetzt Ihre teure Arbeitszeit verbrauchen, die ich als Steuerzahler zu bezahlen habe, dann ist das ein Fall für den Bund der Steuerzahler: Vergeudung von öffentlichen Geldern. Das ist doch klar!

**R:** Das ist überhaupt nicht klar, sondern die Personalien müssen neu aufgenommen werden.

**A:** Das kann ich mit meiner Mitverantwortung als mündiger Bürger für diesen verschuldeten Staat nicht hinnehmen. Ich bin ja auch unmittelbar betroffen.

**R:** Wenn Sie eine verantwortliche Bürgerin wären, stünden Sie nicht hier vor Gericht. Sie sind Angeklagte. Herr Staatsanwalt, verlesen Sie die Anklage.

**STA:** Frau Hinterwäldlerin, Sie sind angeklagt wegen Volksverhetzung.

**A** *(unterbricht)*: Habe ich gelesen. Wenn ich nur wüßte, wie das möglich ist, ich war doch gar nicht im Ausland.

**STA:** Was soll denn das heißen?

**A**, *mütterlich wohlwollend:* Also, Herr Staatsanwalt, das ist doch sonnenklar. Ich kann doch nur etwas aufhetzen, was da ist. In Deutschland haben wir kein Volk, sondern nur noch eine Bevölkerung. Das wurde doch sogar im Bundestag gesagt. „Dem Deutschen Volk" sollte weg am Reichstag, und dafür „Die Bevölkerung" dort hingeschrieben werden. Und deshalb haben sie auch diesen großen Bevölkerungstrog dort aufgestellt mit der Erde aus ganz Deutschland, und da ist der Wurm drin. Das habe ich sogar im Parlament gelesen. Ein Abgeordneter hat nicht nur Erde, sondern auch drei Regenwürmer mitgespendet.

Wenn ich also ein Volk aufgehetzt haben soll, dann kann das nur in einem Ausland, wo es noch ein Volk gibt, gewesen sein.

**R**, *mit einem leicht grinsenden Blick auf den Staatsanwalt*: Das war nur die Meinung einiger Abgeordneter. Die konnten sich nicht durchsetzen. Wir haben noch ein deutsches Volk.

**A**, *sichtlich bewegt*: Also, wir sind ein richtiges deutsches Volk, in dem man sich sicher fühlen darf, das man einfach schön finden kann?

*Sie geht auf den Richter zu und drückt ihm die Hand*: Also, da bin ich doch sehr erleichtert. Haben Sie besten Dank.

*Während sie zurück auf ihren Platz geht, fragt sie*: Aber wieso habe ich denn nun das deutsche Volk verhetzt?

**R:** Da müssen Sie den Staatsanwalt fragen, der ist der Ankläger.

**STA:** Ihnen wird vorgeworfen, ein Flugblatt verteilt zu haben, auf dem zu lesen ist: „Die schwarzen Drogenhändler vor der Schule müssen sofort zurück in ihr Heimatland geschickt werden. Dort gehören sie hin. Wir wollen die Neger hier nicht haben, die sind Schmarotzer."

**A:** Ja, das habe ich verteilt, und sogar geschrieben. Aber das hat doch nichts mit Volksverhetzung zu tun. Das richtet sich doch gegen die schwarzen Drogenhändler. Sind die denn das deutsche Volk?

**STA:** Na das nicht gerade, aber sie gehören jetzt zum Volk. Und außerdem ist es Rassismus, wenn Sie immer von den Schwarzen sprechen.

**A:** Ist Karl May jetzt neuerdings auch verboten?

**STA** *verblüfft*: Wieso denn das?

**A:** Weil er immer vom weißen Mann spricht, und Old Shatterhand nennt er „Weißer Bruder".

**STA:** Es geht nicht um den weißen Mann, sondern um den schwarzen. Das ist eine Beleidigung.

**A:** Also, das finde ich nicht beleidigend, wenn man mich eine Weiße nennt.

**STA:** Nein, das gilt auch nur für Schwarze.

**A:** Aber die sehen doch schwarz aus, und jeder weiß, was ich meine, wenn ich von den schwarzen Drogenhändlern spreche. Das ist keine Beleidigung, sondern eine Hautfarbe.

**STA:** Sie leben jetzt aber in unserem Volk.

**A:** Leider, und meist illegal.

**STA:** Das ist schon wieder ein Ausdruck der Volksverhetzung.

**A:** Wieso denn, ich weiß doch gar nicht, zu welchem Volk die Neger gehören, denn in Afrika gibt es ganz verschiedene Völker. Sie könnten auch aus Frankreich oder Amerika kommen, wo es auch viele Neger gibt.

**R** *mischt sich ein*: Sie müssen Volk im Sinne von Masse verstehen, große Menschenmasse.

**A:** Aber es waren doch nur fünf Drogenhändler, und ich hatte auch nur für 150 Leute Flugblätter. Das ist doch keine große Menschenmasse.

**STA:** Indem Sie unsere afrikanischen Mitbürger verunglimpfen, hetzen Sie das deutsche Volk auf, betreiben Sie Volksverhetzung. Das ist strafbar.

**A:** Aber ich habe doch nicht von afrikanischen Mitbürgern gesprochen, sondern nur verlangt, daß die schwarzen Drogenhändler zurückgeschickt werden, dorthin, wo sie herkommen.

**STA** *trocknet sich erschöpft die Stirn und beantragt eine Pause. Das Gericht zieht sich zurück.*

**Amalia**, *die allein sitzen bleibt*: Ich glaube, die wissen selber nicht, was das ist, Volksverhetzung.

**Nach der Pause**

**STA:** Dieses Flugblatt ist nicht der einzige Anklagepunkt und Beweis für Ihre volksverhetzenden Äußerungen. Sie haben im Bäckerladen vor Zeugen erklärt, die Zigeuner wären wirklich schlimm. Sie seien Diebe und könnten in Rumänien, wo sie hingehören, stehlen, aber nicht hier bei uns.

**R:** Haben Sie das gesagt?

**A:** Natürlich, ich habe doch gesehen, wie sie die Brötchen gestohlen haben. Aber wieso sprechen Sie jetzt von Zigeunern? Vor der Pause sprachen Sie doch von Volksverhetzung, und ich hatte gedacht, sie würden das in der Pause im Lexikon nachsehen und mir nun mal erklären, welches Volk ich aufgehetzt haben soll.

STA: Der § 130 Volksverhetzung hat folgenden Wortlaut: „(1) Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören,

1. zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt oder zu Gewalt oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert, oder 2. ..."

**A:** Jetzt müssen Sie aber eine Pause machen, soviel kann ich unmöglich auf einmal behalten. Also, der öffentliche Friede wird durch die Schwarzen gestört.

**R:** Das ist völlig verrückt, was Sie da sagen. Sie haben durch Ihre Flugblätter den öffentlichen Frieden gestört.

**A:** Das stimmt doch nicht. Es gab überhaupt keinen Streit wegen der Flugblätter, im Gegenteil, alle vorübergehenden Bürger haben es gelesen, mir zugenickt und zugestimmt.

**R** *zum Staatsanwalt*: Fahren Sie fort.

**STA:** 2. „die Menschenwürde anderer dadurch angreift, daß er Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet,

der wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft."

Das ist Volksverhetzung, und genau das haben Sie gemacht. Deswegen sind solche Flugblätter verboten.

**A:** Das ist doch ganz und gar unlogisch. Wen soll ich denn verleumdet haben, und dann noch böswillig?

**R:** Die Drogenhändler.

**A**, *ganz verblüfft*: Die Drogenhändler? Verleumden ist doch, wenn man jemandem etwas nachsagt, was gar nicht stimmt.

**R:** Richtig.

**A:** Aber die Drogenhändler sind doch Drogenhändler, und sie verführen unsere Jugend, daß die Haschisch oder Marihuana nehmen. – Übrigens, Herr Richter, gibt es eigentlich auch weiße Drogenhändler?

**R:** Natürlich, deshalb ist es ja strafbar, nur von den schwarzen zu sprechen.

**A:** Es standen aber keine weißen vor der Schule. Die hätte ich also beleidigt, wenn ich nicht schwarze gesagt hätte. Es waren ganz eindeutig Neger.

**STA:** Ich habe sie doch mehrfach gewarnt. Mit dieser Bezeichnung machen Sie sich strafbar.

**A:** Ich soll nicht Schwarze sagen, und ich soll nicht Neger sagen. Wie können Sie denn da Klarheit schaffen? Eine von beiden Kennzeichnungen muß ich doch benutzen, weil es eben keine Weißen waren.

**STA**, *hebt resignierend die Schultern*: Sie könnten ja von Asylanten sprechen.

**A:** Und woher weiß ich, daß es Asylanten sind? Es könnten doch auch Restposten der Besatzerarmee sein. – Aber nun erklären Sie endlich, welches Volk ich mit meinem Flugblatt verhetzt haben soll.

**R:** Natürlich das deutsche Volk.

**A:** Mit 150 Flugblättern, und wo die Vorübergehenden alle zugestimmt haben und meiner Meinung waren? Sie haben doch selber vorgelesen: „zu Gewalttaten aufstacheln", und Teile der Bevölkerung muß man böswillig beschimpfen, wenn es Volksverhetzung sein soll. Aber die Passanten waren alle freundlich und ganz friedlich, und ich habe sie auch überhaupt nicht beschimpft.

**R:** Die Verhandlung wird jetzt für eine halbe Stunde unterbrochen.

**A:** Könnte ich in dieser Zeit Ihr Lexikon benutzen? Vielleicht kann ich da selber herausfinden, was Volksverhetzung ist. Irgendwo muß es doch erklärt sein.

Richter und Staatsanwalt gehen ab.

### In der Pause

**R:** Herr Kollege, wie sehen Sie die Angelegenheit an?

**STA:** Das wollte ich Sie auch gerade fragen.

**R:** Ja, was meinen Sie denn?

**STA:** Nicht gerade sehr glücklich, und Sie?

**R:** Auch nicht. Wie könnten wir weiter vorgehen?

**STA:** Also, diese Volksverhetzung...

**R:** Unter uns, ich weiß auch nicht mehr ganz genau, was das ist.

**STA:** Eigentlich habe ich nie gewußt, wie diese Volksverhetzung zu sehen ist.

**R:** Genau das. Das wird überdeutlich, wenn man das einer solchen Person wie dieser Amalia Hinterwäldlerin erklären muß.

**STA:** Es ist uns nicht gelungen. Mein Fazit ist, daß diese Volksverhetzung überhaupt nicht justiziabel ist. Die Urteile nach diesem Paragraphen sind bisher immer sozusagen präventiv gefällt worden, was nach geltender Rechtsauffassung gar nicht zulässig ist. Wenn ich nur wüßte, wie jetzt weiter vorzugehen ist.

**R:** Ich schlage vor, wir erklären uns für befangen, dann müssen wir abgelöst werden.

**STA:** Selbst als befangen erklären? Das kann doch nur der Verteidiger des Angeklagten beantragen.

**R:** Na ja, wenn es Selbstanzeigen gibt wegen Verharmlosung des Holocaust, dann kann es auch Selbst-Befangenheits-Erklärungen geben... Eine halbe Stunde werde ich den Prozeß noch weiterführen, und dann wird er vertagt, und diese Amalia erhält einen anderen Ankläger und Richter bzw. das ganze wird einfach eingestellt.

**STA:** Großartig.

### Nach der Pause

**A**, *ziemlich empört:* Also, nun sitzen wir hier schon drei Stunden und versuchen herauszufinden, was Volksverhetzung ist. Sie haben doch studiert, und Sie bekommen sicher ein gutes Gehalt, sagen wir mal 6.000 Mark im Monat. Und dieser Monat hat durchschnittlich 20 Arbeitstage a 6 Stunden für Sie, denn mehr arbeitet ein Jurist wohl kaum. Dann kosten mich diese drei Stunden mal zwei Personen schon 300 Mark, und ich weiß immer noch nicht, weswegen ich angeklagt wurde.

**R:** Das wurde Ihnen sogar schriftlich mitgeteilt: Angeklagt wegen § 130 Volksverhetzung.

**A:** Sehen Sie, wenn ich jemand mit dem Küchenmesser ermordet hätte, dann wäre alles ganz einfach: Wir hätten einen Toten, ein Küchenmesser – Sie nennen das Tatwaffe – und den Mörder. An der Spucke läßt sich der ja heute ganz leicht erkennen. Aber hier haben wir gar nichts: kein Volk, keine Aufstachelung zu Gewalttaten, und keinen, der das tut. Wie soll denn dann ein Prozeß geführt werden?

**STA**, *irritiert*: Sie sind doch aber angeklagt wegen Volksverhetzung nach § 130 StGB.

**A:** Na, das ist doch ganz einfach: das war ein Irrtum.

**R:** So einfach ist das nicht. Der Text Ihres Flugblattes entspricht eindeutig den Strafbestimmungen des § 130.

**A:** Das kann ja wohl nicht sein. Dann müßten entweder die Passanten, die vorbeikamen, oder die Drogenhändler das Volk sein; das Volk in Ihrem Verständnis von großer Menschenmasse, stimmt beides nicht. Oder aber ich müßte mit diesem Flugblatt zu gewalttätigen Ausschreitungen aufgestachelt haben. Aber es gab keine Streitigkeiten, und es gab kein Aufgestachelt-sein, es gab nur ganz friedliche Vorübergehende. Und drittens gab es niemanden, der verhetzt und aufgestachelt hätte. Alles stimmt nicht!

**R:** Aber das geht ja nun wirklich nicht. Wenn dieses Flugblatt von Ihnen straffrei bliebe, dann müßten alle Prozesse, die wegen Volksverhetzung durchgeführt worden sind, ebenfalls straffrei ausgegangen sein. Sind sie aber nicht. Das heißt, wir müßten sie alle wieder aufrollen. Das können wir aber nicht. Also muß ich Sie verurteilen.

**A:** Während der Pause habe ich, da Sie mir kein Lexikon beschaffen konnten, noch einmal den Gesetzestext genau gelesen. Da steht: „Wer in einer Weise, die geeignet ist..." Woher wissen Sie, ob mein Flugblatt geeignet ist?

**R:** Na, da braucht man doch nur Ihren Text zu lesen.

**A:** Dieser muß aber gerade nicht geeignet gewesen sein, denn es entstand keine Gewalttätigkeit, im Gegenteil, alles blieb ganz friedlich und es erfolgte große Zustimmung.

**R:** Das ist ja gerade die Volksverhetzung.

**A:** Nun verstehe ich überhaupt nichts mehr. Nach dem Paragraphen Volksverhetzung muß doch mein Flugblatt geeignet sein, das steht doch da, den öffentlichen Frieden zu stören. Wieso ist eine allgemeine Zustimmung zu meinem Text eine Friedensstörung? - Aber ich bin ja keine Studierte, nur – nach heutiger Auffassung – eine Hausfrau. Aber Sie müssen wenigstens in der Lage sein, auch mir zu erklären, was Sie meinen.

Richter blickt den Staatsanwalt bedeutungsvoll an. Der nickt.

**R:** Der Prozeß wird vertagt.

Beide ab.

**A:** Da haben nun zwei studierte Leute drei Stunden lang mir nicht erklären können, was Volksverhetzung ist, derentwegen ich angeklagt bin. Und das alles auf meine Kosten.

Nein, nein, wer hat denn nur diesen Paragraphen Volksverhetzung erfunden? Das muß ein armer Irrer gewesen sein, aber es könnte auch der Hagen Wiesengold gewesen sein. Den beiden sieht das ähnlich.

**Ursula Haverbeck**

# Ist Israel noch zu halten?

Wie in den USA die Zweifel an den öffentlich erklärten Ursachen des 11. September zunehmen, so auch bei den Juden die Zweifel an der israelischen Politik.

Erstaunlicherweise ist davon nun auch in den deutschen Zeitungen zu lesen. Ein äußerst kritischer Leserbrief der Tochter Galinskis wird sogar in der FAZ veröffentlicht und der Intendant vom Südwestdeutschen Rundfunk, Peter Voss, sagte im Presseclub am 30. Juli 2006 (von UH gehört): **„Ich glaube nicht, daß Israel sich dort langfristig halten kann. Ich glaube wir werden irgendwann die Israelis wieder in Europa aufnehmen."** (SZ, 4.8.2006, S. 15)

Nicht nur, daß Voß die Analyse des National Journals übernommen hat, hat er sich auch auf die Argumentationsebene des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad begeben, der bekanntlich eine Verlegung des Judenstaates nach Deutschland verlangte. Die Medien waren zuerst geschockt und alleine die *Süddeutsche* wagte einen Kommentar: **„Eine Aussage, die in vieler Hinsicht einen seltsamen Eindruck hinterließ. Erst kürzlich hatte der stets gegen Israel polemisierende iranische Präsident angeregt, dessen Bewohner in Europa anzusiedeln."** (4.8.2006, S. 15)

Voss schwenkte mit seiner Feststellung als erster prominenter Systemmedien-Vertreter auf die neue Richtung, vorgegeben vom Iran, ein. Präsident Ahmadinedschad spricht Israel das Existenzrecht grundsätzlich ab, weil es aus der Holocaust-Erzählung abgeleitet ist. Er und seine Regierung sind nach gründlichem Studium wissenschaftlicher Forschungsarbeiten aus dem Bereich Revisionismus zu der Überzeugung gelangt, die „Märtyrergeschichte" sei frei erfunden. Allerdings fügt Ahmadinedschad an, daß es unerheblich sei, ob die Holo-Geschichte stimme oder nicht. Wenn es eine Lüge sei, dann dürfe es den Staat Israel in Palästina ohnehin nicht geben, das verstehe sich von selbst, so Ahmadinedschad. Sollte die Geschichte wahr sein, dann müsse Israel auf BRD-Boden verlegt werden, damit ein unschuldiges Volk nicht länger massengemordet werde.

Dieser Argumentation wird sich in Zukunft kaum noch jemand entziehen können. Aber die Existenz des Judenstaates ist nicht nur durch die Holo-Geschichte bedroht, die bislang zur Rechtfertigung des Judenstaates diente. Die Bankrott-BRD, zusammen mit Bankrott-USA, können nicht mehr lange das parasitäre Gebilde Israel finanziell am Leben erhalten. Zur gleichen Zeit explodiert die arabische Bevölkerung Palästinas, was zu einer demographischen Eliminierung des Judenstaates führen muß. Israel kann nicht in alle Ewigkeit Millionen von Menschen wie schlachtreifes Vieh in einem Freiluftkäfig quälen. Es war schließlich auch nicht möglich, den Endlösungsplan des jüdischen Hassers Nathan Kaufman, die Deutschen mittels Zwangssterilisierung auszurotten, in die Tat umzusetzen.

Da auch die israelische Bevölkerung spürt, daß die Lügen von der biblischen Berechtigung, den Staat Israel zu besitzen, in die Katastrophe führen, mündet der ohnehin nur spärlich vorhandene Kampfesmut der israelischen Armee in eine Weglaufmentalität. Nach fast vier Wochen Krieg mit Massenvernichtungswaffen gegen eine kleine, aber heroisch kämpfende Hisbolla-Miliz, konnten keinerlei kriegsentscheidende Siege errungen werden. **„Trotz der Großoffensive, die den Süden des Libanon von Hilfsleistungen so weitgehend abschnitt, daß die Uno vor Seuchen warnte, gewann Israel militärisch nicht die Oberhand."** (Spiegel, 32/2006, S. 97) Alles, was erreicht wurde, war die Vernichtung der Lebensgrundlagen der normalen, unbeteiligten Libanesen.

Die arabisch-islamische Welt, insbesondere die Bevölkerung des vernichteten Libanon, übt angesichts des Heldenkampfes der Hisbollah gegen den „israelischen Aggressor" (Stern 32/2006) einen nie dagewesenen Schulterschluß mit Scheich Nasrallahs Kämpfern: **„Christen, Sunniten und Schiiten sehen die Zerstörung ihres Landes - und rücken näher zusammen. Die neue Identität richtet sich nun gegen Israel, auch gegen die USA."** (Welt, 8.8.2006, S. 1)

Israels Präsident Ehud Olmert, der seinen Soldaten auf lange Sicht keinen Durchhaltewillen zutraut, hätte deshalb am liebsten Kampftruppen der Bundeswehr, die ihr Leben für den ohnehin nicht mehr zu rettenden Judenstaat opfern: **„Ich wünsche mir deutsche Soldaten im Libanon. Es gibt keine Nation in diesen Tagen, die freundschaftlicher zu Israel ist als Deutschland"**, forderte Olmert kaltschnäuzig. (SZ, 4.8.2006, S. 1) Bundeskanzlerin Angela Merkel, die in ihrem Büro ein Bild Israels hängen hat (vom Weltraum aus aufgenommen),

wird von Olmert gar liebevoll umgarnt: **„Angela Merkel bezeichnete er als ‚außergewöhnliche Dame' und als ‚hilfreiche Freundin' Israels.“** Und dann kam Olmerts Holo-Chutzpe: **„Wenn Deutschland zur Sicherheit des israelischen Volkes beitragen kann, dann wäre dies eine lohnende Aufgabe.“** (SZ, 4.8.2006, S. 1)

Mit anderen Worten sollen die deutschen Soldaten im Bedarfsfalle arabische Massen massakrieren, auch Kinder in Fetzen schießen, Städte zerbomben, Lebensgrundlagen arabischer Bevölkerungen zerstören, damit die Bewohner des Judenstaates ihr Leben wieder genießen können. Das haben sie aus ihrer Sicht wegen des Holocaust ja verdient. Keck fügte Olmert an, daß er wegen der Holocaust-Erzählung keinerlei Einwände hätte gegenüber kampfstarken BRD-Soldaten: **„Mit seinem ungewöhnlichen Vorstoß machte der kriegführende Premier klar, daß gut 60 Jahre nach der Ermordung von sechs Millionen Juden offenbar alle Bedenken zerstoben sind, Enkel und Urenkel der Nazis in Bundeswehruniform an der Landesgrenze zu begrüßen.“** (Spiegel, 32/2006, S. 31)

Israels Zeit ist abgelaufen, das zeigt sich am unbotmäßigen Verhalten von bislang treuen Vasallen wie dem Springer-Konzern. In der Israel normalerweise total ergebenen WELT wollen einige Kommentatoren die ihnen aufgetragenen Lügen vom ach so „unschuldigen Opferlamm Israel“ nicht mehr weiterverbreiten. Christoph Bertram kommentierte Olmerts Wunsch nach BRD-Soldaten und eine für Israel zurechtgezimmerte UN-Resolution (wie von Frau Angela Merkel und Herrn Frank-Walter Steinmeier betrieben) mit Empörung: **„Die einzige Lehre jedoch, die Israel aus diesen Fehlschlägen gezogen hat, ist der Einsatz von mehr Gewalt: Gaza wird erneut besetzt, der Libanon teilweise verwüstet, Syrien und implizit der Iran bedroht. ... Seine [Israels] Strategie wird ... nicht lange verbergen können, das Israel alle Optionen erschöpft hat, seine Sicherheit einseitig zu erreichen. ... Vom Einsatz einer robusten internationalen Truppe im Südlibanon erhofft sie sich ... freie Hand für weitere einseitige Maßnahmen in Gaza und der Westbank und die internationale Absegnung seiner unilateralen Strategie. Unter diesen Umständen an einer solchen Truppe mitzuwirken, wäre unverantwortlich.“** (Welt, 8.8.2006, S. 6)

**Auszüge aus National-Journal, www.globalfire.t**



# Uranmunition aus USA, eingesetzt im Libanon

UN-Berater wirft Israels Armee den Einsatz international geächteter Waffen vor. „Verschmutzung bleibt für Ewigkeiten in der Atmosphäre“

Jürgen Cain Külbel

Angesichts des Massakers, das Israels Bomber am Sonntag im südlibanesischen Kana verübten, flehte der kriegserprobte Haudegen General Michel Aoun, Chef der Freien Patriotischen Bewegung des Libanon, in Richtung von US-Außenministerin Condoleezza Rice: „Ich weiß, sie ist nicht verheiratet und keine Mutter. Aber soll sie deswegen keine mütterlichen Gefühle haben? Wenn, dann soll sie die zeigen.“ Der Oppositionsführer im Beiruter Parlament wußte offenbar nicht, daß die Regierung von George W. Bush dem Staat Israel über 100 Stück GBU 28 (sogenannte Präzisionsbomben) geliefert hat. Diese sind mit Munition bestückt, die abgereichertes Uran (depleted uranium – DU) enthält.

„Wir wußten von der Lieferung. Jetzt schauen wir auf die Zerstörungen in Libanon, die deutet auf DU hin“, hatte Dr. Doug Rokke, Experte für die Waffenart, am Freitag vor der Presse in Washington erklärt. Rokke, Berater des US-Repräsentantenhauses und der UNO, beschuldigte Israel, die tödliche und international geächtete Munition gegen die Libanesen einzusetzen: „Wir erhielten tatsächlich am Donnerstag die Fotografie, wie DU-Sprengköpfe von einem israelischen Panzerkanonier geladen werden. Die Fotos wurden merkwürdigerweise nach ihrer Veröffentlichung von zahlreichen Nachrichten-Webseiten gelöscht.“

DU-Munition ist hochgradig giftig und radioaktiv. Sie bildet nach dem Aufprall Stäube und Aerosole, die durch Aufnahme in die Lunge zu Knochenschäden, Krebs, Leukämie und in nächster Generation zu Kindesmißbildungen führen können. Rokke betonte, daß „alle Libanesen, alle Frauen und Kinder, alle Israelis, die vollständige Region“ unter den Folgen leiden werden, weil die „Verschmutzung für Ewigkeiten in der Atmosphäre verbleibt“.

Israel scheut offenbar auch vor dem Einsatz anderer geächteter Waffen nicht zurück. In der vergangenen Woche meldete der libanesische Daily Star (26.7), Israels Militär habe bei einem Angriff auf das südlibanesische Blida Streubomben eingesetzt. Der Direktor des Nabatiyeh National Hospitals sprach auch vom Einsatz von „Vakuumbomben, welche die Luft aus dem Körpe[r] ziehen, die Atmung stoppen und so zum Herzstillstan[d] führen“.

Bei Angriffen auf Al-Orqoub, Hasbayya, Ramta, Zaaourta, Amfit und weitere Orte nahe der israelischen Grenze wurden zusätzlich auch Bomben mit weißem Phosphor abgeworfen. Darauf hatte Dr. Mo'ness Kalakesh, Direktor des Marjeyoun National Hospital bereits am 21. Juli 2006 hingewiesen und über „abnormale Fälle“ berichtet, nämlich „sonderbare Verbrennungen, die die Haut verkleben und fast unmöglich zu behandeln sind“.

Dr. Bashir Sham, Arzt am Southern Medical Center in Sidon und Mitglied der French Association of Cardiovascular Surgeons, erklärte am 19. Juli vor der Presse, Leichen, die nach Luftschlägen aus der Gegend von Doueir und Rmayleih eingeliefert wurden, sahen „sehr abnormal“ aus: „Man könnte denken, sie seien verbrannt. Die Farbe ihrer Haut war schwarz wie ein Schuh. Sie waren aufgeblasen und stanken schrecklich. Dabei war die Haut weder verbrannt noch verkohlt. Die Haare und manchmal Bart oder Schnurrbart blieben intakt. Es gab

keine Spuren von Blutverlust oder subkutanen Blutungen."

Sham hob hervor, daß „nur chemische Substanzen zu einem sofortigen Tod ohne Blutungen führen. Ich habe den Eindruck, daß ein giftiger Stoff über die Haut in die Körper gelangte", die Funktionen des Nervensystems außer Kraft gesetzt, das Blut verklumpt habe, „worauf der Tod mit fast hundertprozentiger Sicherheit" folgte. Sham hatte mumienartige Leichen untersucht, die nach einem Raketenangriff auf einen Minibus nahe Rmayleih in sein Krankenhaus eingeliefert worden waren. „Die Rakete hat wahrscheinlich ein chemisches Präparat freigesetzt, das den Tod der zwölf Zivilisten verursacht hat", glaubt der Arzt.

Ali Mansour, Shams Chef, klagte, er konnte »mindestens zwölf Stunden nach der Untersuchung der Leichen nicht richtig atmen«. Er habe Javier Solana, Außenminister der EU und UN-Generalsekretär Kofi Annan über die Vorfälle in Kenntnis gesetzt.

**Quelle: http: //www.jungewelt.de/2006/07-31/032. php**

# Frage nach Alter verboten

## Neues Gleichbehandlungsgesetz erschwert die Personalsuche

Arbeitgeber, die „eine/n Mitarbeiter/-in" suchen, der „dynamisch", „jung", „mobil" und „körperlich belastbar" ist, sollten dies möglichst nicht in der Stellenanzeige kundtun. Sie laufen sonst Gefahr, auf Schmerzensgeld und Schadensersatz verklagt zu werden.

Das am 18. August 2006 in Kraft getretene „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz" (AGG) verunsichert immer mehr Unternehmer in Deutschland. Es verbietet ihnen wie auch Privatleuten die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Rasse, ethnischen Herkunft, Geschlecht, Alter, Behinderung, Weltanschauung, Religion oder sexuellen Identität.

Negative Hinweise in der Stellenanzeige oder entsprechende Fragen beim Vorstellungsgespräch können den Arbeitgeber teuer zu stehen kommen. Nach Angaben der Rechtsanwältin Christine Horke-Mai von der Bielefelder Anwaltssocietät Schlüter droht im Falle einer Verurteilung zunächst ein Schmerzensgeld, das bis zu einer Höhe des dreifachen Monatsgehaltes festgesetzt werden könne. Darüber hinaus könne der Beklagte zu Schadensersatz verpflichtet werden. „Hier ist noch völlig unklar, was als Schaden definiert werden kann", meint Horke-Mai. Schlimmstenfalls müsse der Arbeitgeber dem abgewiesenen Bewerber das Gehalt ersetzen – möglicherweise sogar bis zum Renteneintrittsalter.

Ob es wirklich dazu kommen wird, darauf mag sich kein Experte festlegen. „Das Gesetz ist so vage formuliert, daß jede Interpretation ein Stochern im Nebel ist", sagt Melanie Wicht, die Leiterin des Referats Recht bei der Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld. Sie verweist darauf, daß beim Arbeitsgericht in Hamm schon die ersten Verfahren wegen Diskriminierung anhängig sind. Man könne nur hoffen, daß die Richter möglichst schnell für Klarheit sorgen.

Ausgehend von dem schon bisher geltenden Verbot geschlechtlicher Diskriminierung scheint auf jeden Fall klar, daß Altersangaben wie „höchstens 35 Jahre" von nun an in Stellenanzeigen verboten sind. Auch Begriffe wie „dynamisch" und „mobil" sind verdächtig, ältere und behinderte Arbeitnehmer auszuschließen. Ebenso könnten junge Bewerber die Forderung nach Berufserfahrung als diskriminierend empfinden. Selbst die Frage nach dem Alter sollte sich der Unternehmer verkneifen. Damit wird nach Ansicht von Andreas Pilz, Verwaltungsleiter der Handwerkskammer Ostwestfalen-Lippe, auch fraglich, welche Angaben der Arbeitgeber im Lebenslauf voraussetzen darf. Vom Geburtsdatum lasse sich unschwer auf das Alter und vom Geburtsort auf die nationale Herkunft schließen. Selbst Fragen nach dem Familienstand könnten dahin gehend verstanden werden, daß sich der Personalchef in Wirklichkeit dafür interessiere, ob der Bewerber homosexuell orientiert sei.

In den USA, wo ein ähnliches Gesetz schon länger Anwendung findet, wurde sogar das Foto aus den Bewerbungsunterlagen verbannt. „Wer eine Stelle wirklich haben will, sollte in Deutschland jedoch den Lebenslauf möglichst vollständig formulieren und auch auf das Foto keineswegs verzichten", meint Pilz.

**Bernhard Hertlein, entnommen Westfalen-Blatt, 02.09.2006**

### Das wird in Deutschland erzählt

Ein Zuhörer bei einem Prozeß macht den Zwischenruf: „Das ist ja eine Märchenstunde". Darauf wird er angeklagt wegen Volksverhetzung.

Der inzwischen pensionierte Richter des vorherigen Prozesses wird in diesem neuen Verfahren wegen Volksverhetzung als Zeuge befragt.

Der Vorsitzende Richter fragt den Zeugen: „Hat der Angeklagte den Zwischenruf gemacht: ‚Das ist eine Märchenstunde'?"

Der Zeuge: „Daran kann ich mich nicht erinnern."

Der Richter stellt einige nebensächliche Fragen. Schließlich kommt er auf seine Märchenstunde zurück und fragt:

„Hat der Angeklagte, während Sie von dem Holocaust mit seinen vier Millionen Vergasten in der Urteilsbegründung sprachen, diesen Zwischenruf gemacht?"

Der Zeuge, leicht irritiert: „Habe ich wirklich nur von vier Millionen Vergaster gesprochen?"

# Der Henkerstrick für den deutschen Abtreibungsparagraphen

Am 21. März 1947 kam es im Rahmen eines Euthanasieprozesses zum legendären Urteil des Oberlandesgerichtes Frankfurt. Es ist heute als das Hadamar-Urteil bekannt. Auszug des Textes:

„Es gibt ein über den Gesetzen stehendes Recht, das allen formalen Gesetzen als letzter Maßstab dienen muß. Es ist das Naturrecht, das der menschlichen Rechtssetzung unabdingbare und letzte Grenzen zieht.

Es gibt letzte Rechtssätze, die so tief in der Natur verankert sind, daß sich alles, was als Recht und Gesetz, Moral und Sitte gelten soll, im letzten nach diesem Naturrecht, diesem über den Gesetzen stehenden Recht, auszurichten hat.

Verstößt ein Gesetz hiergegen und verletzt es die ewigen Normen des Naturrechts, so ist dieses Gesetz seines Inhalts wegen nicht mehr mit dem Recht gleichzusetzen.

Es entbehrt nicht nur der verpflichtenden Kraft für den Staatsbürger, sondern es ist rechtsungültig und darf von ihm nicht befolgt werden.

Sein Unrechtsgehalt ist dann so erheblich, daß es niemals zur Würde des Rechts gelangen kann, obwohl der Gesetzgeber diesen Inhalt in die äußerlich gültige Form eines Gesetzes gekleidet hat.

Einer dieser in der Natur tief und untrennbar verwurzelten Rechtssätze ist der Satz von der Heiligkeit des menschlichen Lebens und dem Recht des Menschen auf dieses Leben."

Hadamar-Urteil des Frankfurter Oberlandesgerichtes im Euthanasieprozeß vom 21. März 2947, Aktenzeichen: 4 Kls 747.

Quelle: Kreuz.net, katholische Nachrichten, 17.07.2006

# Polen lehnt Gentech-Pflanzen ab

Nach dem Verbot von Gentech-Saatgut bläst nun auch den Importeuren von Gentech-Futtermitteln ein scharfer Wind entgegen Bereits im Mai diesen Jahres beschloß das polnische Parlament ein Verbot des Handels mit gentechnisch verändertem Saatgut. Präsident Lech Kaczynski unterzeichnete das Gesetz. Kürzlich erfolgte der nächste Streich. Innerhalb von zwei Jahren sollen Hersteller beziehungsweise Importeure von GV-Futtermitteln deren Unbedenklichkeit für Mensch, Tier und Umwelt beweisen. Andernfalls droht ein Importstopp. Damit geht ein großes europäisches Agrarland auf Konfrontationskurs mit der EU-Kommission. Wer die Gentech-Ablehnung als bloßen Ausdruck der neuen EU-kritischen Regierung Polens deutet, greift allerdings zu kurz. Bereits seit einigen Jahren machte sich in dem Land Widerstand breit. Die EU-Kommission, deren Mitglieder mehrheitlich einen Pro-Gentech-Kurs vorantreiben, sieht sich nach mehr oder minder gewichtigen Widerständen in EU-Staaten wie Österreich, Griechenland, Ungarn oder Italien nun mit einer massiven Blockade eines großen Agrarlandes konfrontiert. Bereits im Mai dieses Jahres verabschiedete Polen ein Gesetz, wonach gentechnisch verändertes (GV-)Saatgut nicht mehr ins nationale Saatgutregister aufgenommen werden darf. Das polnische Europa-Ministerium sieht darin einen Verstoß gegen die europäische Gesetzeslage. Denn ein generelles Verbot für GVP, die von der EU bereits genehmigt sind, duldet die Kommission nicht.

Dennoch gelang es Polen - unter Ausnutzung der bestehenden Gesetzgebung der EU-Kommission sogar die Absegnung eines bereits erlassenen Verbots von 16 Gentech-Maissorten abzuringen. Möglich wurde dies, da Polen insgesamt 700 Maissorten – darunter auch GV-Mais – **aufgrund ihrer Ungeeignetheit für die polnischen Klimabedingungen verbot**. Ein solches Vorgehen ist laut EU-Richtlinie 2002/53 (1) möglich, auch wenn Sorten im gemeinsamen EU-Register für landwirtschaftliche Nutzpflanzensorten enthalten sind und in der gesamten EU vermarktet werden dürfen.

Doch das war erst der Anfang. Jetzt geht es in Polen um einen Markt, der derzeit den größten Anteil von GVOs ausmacht: Gentechpflanzen (GVP) für den Futtermittelbereich. Denn während die Lebensmittelbranche – übrigens weltweit – GVP in der Nahrungsmittelproduktion meidet, blüht der Handel mit GV-Futtermittel auch in Europa. Allen voran wird Gentech-Soja importiert, aber auch GV-Mais wandert in die Futtertröge.

Am 22. Juli beschloß das polnische Parlament ein Regelung, die Importeuren nun zwei Jahre Zeit gibt, die Unbedenklichkeit von Gentech-Futter für Mensch, Tier und Umwelt zu beweisen. Laut dem gentech-kritischen Infoportal Gmwatch (2) sind davon große Importeure wie Cargill, Smithfiefd Foods, Danisch Crown und andere Konzerne betroffen. Gentech-kritische NGOs wittern Morgenluft. Das Nachrichten-Portal von Gmwatch.org zitiert Marek Kryda, den polnischen Direktor des Animal Welfare Instituts (AWI) mit Hauptsitz in Washington DC, in einer Mitteilung. Er beglückwünschte (3) Premier Jaroslaw Kaczynski zu der Entscheidung. Damit wäre ein wichtiger Schritt zugunsten der kleinen unabhängigen Bauern in Polen gesetzt worden.

Als Land, das ganz stark auf Lebensmittelexporte in den Westen setzt, zeigte man sich alarmiert. Denn im Westen lehnt eine Mehrheit der Bevölkerung „Genfood" ab. Mit unkontrollierter Ausbreitung oder Verunreinigung würde ein Riesenabsatzmarkt für Polen einbrechen.

Rasch vernetzten sich diverse NGOs und Bauernverbände. Eine Mehrheit der Regionen deklarierte sich bis 2005 als gentechnikfrei. Mit Erfolg konnten die Gentech-Kritiker jetzt auch die politische Praxis in ihrem Sinne beeinflussen. Daß sie hier mit einem nicht unproblematischen Politpartner kooperieren, wird übrigens nicht explizit thematisiert.

**Brigitte Zarzer 10.08.2006**

**http://www.telepolis.de/r4/artikel/23/23298/1.html**

# Soli-Aktion „Musik in die Zelle! Freiheit für Germar Rudolf!"

**http://www.nationalanarchismus.org/Nationalanarchismus/26_kampf/germar_rudolf/germar-rudolf-solidaritaet/germar-rudolf-solidaritaet.html**

Germar Rudolf schreibt aus dem Gefängnis: „Bitte sag allen edlen Spendern, von denen ich keine direkte Kenntnis habe, ein herzliches Dankeschön von mir." Er zählt all die Musiken seiner Lieblingskünstler auf, die ihn erreicht haben, und gerät ins Schwärmen. „Das ist ja ein Gefühl, als ob Ostern und Weihnachten auf einen Tag gefallen wären. Bloß sitze ich immer noch in der Zelle hier. Na ja, jedenfalls mangelt es nun nicht an guter und abwechslungsreicher Musik. Bedanken darf ich mich nicht nur für diese CDs, sondern insbesondere auch für das gewisse Hochgefühl, das mich hier überkommt, wenn ich wieder einmal in die Kammer gerufen werde zum Empfang eines Geschenkes. Es ist halt doch in gewisser Weise wie wenn man ein klein wenig Geburtstag hat, und außerdem gibt es Abwechslung, wenn man mal raus aus der Zelle darf."

An Spendengeldern für CDs für Germar sind 185,- Euro eingegangen. Davon konnten 15 CDs gekauft werden. Alles ist gut im Gefängnis angekommen. Angestoßen durch den Soli-Aufruf haben Spender nach Absprache selbst weitere CDs ins Gefängnis schicken lassen.

Germar hat vorsichtig weitere Wünsche übermittelt, die wir ihm nach und nach erfüllen wollen. Die Aktion „Musik in die Zelle! Freiheit für Germar Rudolf!" ist also noch nicht beendet. Bedenken wir, was Germar geleistet hat (www.germarrudolf.com, www.vho.org) und wie er den Feinden der westlichen Werte entgegentritt. Helfen wir, ihm den Aufenthalt in der Zelle so erträglich wie möglich zu machen! Bitte beteiligen Sie sich mit einer kleinen Geldspende oder indem Sie selbst von Versandthäusern CDs ins Gefängnis schicken lassen, die so viel Freude bereiten können. Bitte konsultieren Sie für Ihre CD-Auswahl die Germar-Rudolf-Unterstützungs-Seite http://www.germarrudolf.com/support/help_germar.php oder sprechen Sie Ihre Aktion mit der Koordinierungsstelle ab (peter-toepfer@nationalanarchismus.org).

Es sei daran erinnert, daß im November der Prozeß gegen Germar Rudolf und Siegfried Verbeke in Mannheim beginnt. Die Termine lauten: 14. und 16.11.2006, 4., 6. und 21.12.2006, 10., 22. und 29.1.2007. Verhandlungsbeginn ist jeweils 9.00 Uhr.

Beteiligen Sie sich mit Geldspenden am Rechtskampf für Germars und unser aller Freiheit:

http://germarrudolf.com/donate.html.

http://www.nationalanarchismus.org/Nationalanarchismus/26_kampf/germar_rudolf/germar_rudolf.html

## Das besondere (Vor-)Weihnachtsgeschenk!

Es ist nicht nur ein besonderes, es ist ein notwendiges Geschenk. Die historisch gut informierten Zeitzeugen verlassen uns in immer größerer Zahl. Sie lassen ihre Enkel in einem ungeheuren Wust von Geschichtsverdrehungen und Lügen zurück.

Katyn? Da hat doch die deutsche Wehrmacht Hunderttausende von polnischen Offizieren ermordet. Nein, die Russen etwa 10.000.

Saddam Hussein? Klar, der hat doch Massenvernichtungswaffen gehortet und zusammen mit Bin Laden und seiner Al Kaida die USA bedroht.

Nein, der hatte gar keine Massenvernichtungswaffen, sagt im September diesen Jahres der Geheimdienstausschuß des US-Senats.

Aber den Zweiten Weltkrieg, den haben doch die Deutschen eindeutig begonnen.

Nein, die FAZ sagt jetzt, im Sommer 2006, die Polen haben ihn begonnen.

Wir wollen den Enkeln helfen, bei solchen und zahlreichen anderen zentralen Fragen etwas mehr Durchblick zu gewinnen und bieten daher eine Geschichtswerkstatt an für 16- bis 25-jährige mit den kundigen Historikern und Pädagogen Dr. Olaf Rose und Andreas Molau. Kein stures Pauken, sondern Lernen an Beispielen, mit Filmen und Unterhaltung.

Nur eine Investition in unsere Enkel ist eine Investition in die Zukunft!

Schenken Sie Ihren Enkeln die Teilnahme an einem solchen Seminar. Das ganze Wochenende kostet 60,- Euro einschließlich des Seminarbeitrages.

Melden Sie Ihre Enkel rechtzeitig an. Wir können dann u.U. Fahrgemeinschaften organisieren.

Anmeldung zur Weiterleitung an Dr. Rose an: COLLEGIUM HUMANUM, Bretthorststraße 204, 32602 Vlotho, Fax 05733/7330

## Das Verhältnis von Religion / Weltanschauung zum Staat

in Mosbach / Thüringen am 14.-15.10.2006

Folgende Themen werden behandelt:

Brauchen wir noch Religon?

Tausend Jahre deutsche Geschichte nur Unterwerfung, Lüge und Feindeswerk?

Sonnabend abends: Der Goldring – ein Tauschring ähnliches System

Zum Gedenken an die Urteilsvollstreckung im IMT vor 60 Jahren einige Szenen aus dem Tribunal von Hans Meiser

Wie gehen wir mit dem Prozeß Rudolf / Verbeke um? (Siehe Gerichtstermine S.

Vorbesprechung ab Freitag, den 13.10. möglich. Schriftliche Anmeldung in jedem Fall an Hotel Stille Quelle, Frau Schlegel, Theo-Neubauer-Straße 87, 99848 Mosbach“

---

## Liebe Landsleute, die Ihr noch Deutsche sein wollt!

Oft haben wir in den Mahler-Seminaren über den Satanas, den Diabolos, den Durcheinanderwerfer gesprochen, vielleicht zu oft, denn das Sprichwort sagt, man soll den Teufel nicht an die Wand malen.

Andererseits wissen wir aber auch vom Rumpelstilzcheneffekt! In jedem Fall kennen wir diese Macht, die immer wieder zu spalten, zu zerstören sucht. Doch dazu gehört derjenige, der sich stören und abspalten läßt.

Wir machen alle Fehler. Der größte Fehler aber ist, wenn wir bei Meinungsverschiedenheiten das offene, sachliche und auch freundschaftliche Gespräch zu ersetzen suchen durch öffentliche Verunglimpfung des Andersdenkenden.

Dies geschieht ganz eindeutig aus Schwäche. Es werden Verbündete gesucht, nicht für die Sache, der wir gemeinsam dienen wollen, sondern für die eigene Meinung, das innere Gefühl, oder auch die eigene Erkenntnis.

Der Sache ist eine solche Vorgehensweise immer schädlich. Der Gegner freut sich. Wir haben ihm die Arbeit abgenommen.

Der strittige Punkt wird dadurch nicht geklärt, das ist wie mit dem Erörterungsverbot, das auch keinen Zweifel behebt.

Es sollte doch möglich sein, wenn nach gründlicher Prüfung eine Einigung nicht möglich ist, in Freundschaft zwei verschiedene Wege / Methoden zu erproben und sich dabei eher behilflich als behindernd zu sein.

### Ernst Zündel

**29. September 2006, 9.00 Uhr im Landgericht Mannheim, unter Umständen die Urteilsverkündung. Es wird um zahlreichen Besuch gebeten!**

### Bezug der „Stimme des Gewissens“ Lebensschutzinformation - LSI

Wer sich regelmäßig über Lebensschutzfragen unterrichten möchte, erhält bei Rücksendung dieses ausgefüllten Abschnittes und einer Mindestspende von EUR 17,- als Dank die „Stimme des Gewissens“ für ein Jahr zugesandt.

Ich ______________________
(Name)

______________________
(Anschrift)

habe EUR ____________ überwiesen und bitte um Zusendung der STIMME DES GEWISSENS.

______________________
(Datum) (Unterschrift)

**Bitte rücksenden an:**
Collegium Humanum e.V.
STIMME DES GEWISSENS
Bretthorststraße 204
32602 Vlotho.

**Kopieren Sie bitte Ihnen wichtig erscheinende Beiträge. Geben Sie sie weiter an Freunde und Interessenten! Quellenangabe erwünscht!**

**Werben auch Sie fördernde Mitglieder für den Verein Collegium Humanum und neue Leser für die STIMME DES GEWISSENS!**



Abdruck mit Quellennachweis erwünscht.

Herausgeber, Verleger: Collegium Humanum e.V. (vormals WSL-D), Bretthorststraße 204, 32602 Vlotho, Telefon: 05733 / 73 30
Bankverbindung: Volksbank Bad Oeynhausen, Kto.-Nr. 7815556300 (BLZ 494 900 70)
**IBAN: DE 37 4949 0070 7815 5563 00 - BIC: GENODEM 1HFV**
Bezugsgebühr: jährlich 17,- EUR. Erscheint 6 x jährlich (alle 2 Monate)

**Jeder Autor zeichnet für seinen Beitrag selbst verantwortlich. In einem demokratisch verfaßten, eingetragenen Verein gibt es keinen Zensor.**